

Russische Staatskonzerne: Moderne Wachstumsförderung oder überholte Industriepolitik?

Yakovlev, Andrei

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Yakovlev, A. (2009). Russische Staatskonzerne: Moderne Wachstumsförderung oder überholte Industriepolitik? *Russland-Analysen*, 176, 18-19. <https://doi.org/10.31205/RA.176.05>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

**ERDGASKONFLIKT MIT DER UKRAINE
STAAT UND WIRTSCHAFT
GEWERKSCHAFTEN**

■ VON DER REDAKTION		
In eigener Sache		2
■ ANALYSE		
Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt 2009 im Überblick. Von Heiko Pleines, Bremen		3
■ ANALYSE		
Trügerischer Friede? Kosten und Nutzen der Gasverträge zwischen Russland und Ukraine Von Jonas Grätz und Kirsten Westphal, Berlin		5
■ STATISTIK		
Der russisch-ukrainische Gashandel und Russlands Erdgasindustrie		9
■ UMFRAGE		
Die Haltung der russischen Bevölkerung zum Erdgasstreit mit der Ukraine		14
■ ANALYSE		
Die Nabucco-Erdgaspipeline und die Europäer. Von Kirsten Westphal, Berlin		15
■ ANALYSE		
Korruption in Russland aus der Sicht der Unternehmen. Von Andrei Yakovlev, Moskau		17
■ ANALYSE		
Russische Staatskonzerne: Moderne Wachstumsförderung oder überholte Industriepolitik? Von Andrei Yakovlev, Moskau		18
■ ANALYSE		
Die russischen Gewerkschaften: soziales Engagement ist zu wenig. Von Evgeny Frank, Samara / Bremen		20
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Einfluss der Gewerkschaften in Umfragen des WZIOM und der »Stiftung Öffentliche Meinung«		24
■ CHRONIK		
Vom 15. bis zum 29. Januar 2009		30
■ LESEHINWEIS		
Caucasus Analytical Digest		32
Abstracts von Beiträgen aus Osteuropa 12/2008 mit Russland-Bezug		33



Von der Redaktion

In eigener Sache

Unser langjähriger Sponsor, die »Otto Wolff-Stiftung«, hat uns leider Anfang Januar mitgeteilt, dass er die Russland- und die Ukraine-Analysen nicht mehr weiterfördern kann. So bedauerlich das ist, sind wir der »Otto Wolff-Stiftung« doch zu großem Dank verpflichtet, dass sie es uns über fünf Jahre ermöglicht hat, das Format der Analysen zu entwickeln und sie regelmäßig erscheinen zu lassen.

Wir bemühen uns, einen neuen Sponsor zu gewinnen. Wenn dies nicht gelingt, müssen wir die Analysen leider einstellen.

Für eine Übergangszeit bis Anfang Juli wollen wir versuchen, die Analysen weiter herauszubringen. Dafür benötigen wir aber Ihre Unterstützung. So wenden wir uns an Sie mit der Bitte, uns durch eine Spende die Weiterarbeit bis zum Sommer zu ermöglichen.

Die Spende erbitten wir an die »Forschungsstelle Osteuropa«. Da diese gemeinnützig ist, können Spenden von der Steuer abgesetzt werden. Bei Spenden bis zu 100 Euro reicht der Überweisungsbeleg Ihrer Bank als Spendenquittung. Bei größeren Beträgen geben Sie bitte Ihre Postadresse an, Sie erhalten dann eine Spendenquittung per Post.

Die Bankverbindung lautet:

Forschungsstelle Osteuropa

Konto-Nr. 1228 7868

Sparkasse Bremen

BLZ 290 501 01

Bei der Überweisung bitte unbedingt »**Spende für die Länderanalysen**« als Verwendungszweck angeben.

Die Redaktion der Russland- und Ukraine-Analysen
Matthias Neumann, Heiko Pleines, Henning Schröder

Analyse

Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt 2009 im Überblick

Von Heiko Pleines, Bremen

Einleitung

Der russisch-ukrainische Erdgashandel besteht aus zwei Elementen. Zum einen importiert die Ukraine Erdgas und gehört zu den größten Abnehmerländern des russischen Erdgaskonzerns Gazprom. Zum anderen ist die Ukraine das wichtigste Transitland für Gazproms Erdgasexporte. Der Erdgashandel ist seit dem Ende der Sowjetunion regelmäßig Gegenstand von Konflikten auf dem Gebiet der GUS. Die Ukraine hat mit Russland mehrfach Erdgaskonflikte ausgefochten, die zu Lieferstopps geführt haben. Im Januar 2009 kam es erneut zu einer Eskalation des Erdgasstreits.

Auf russischer Seite versucht Gazprom schon seit einigen Jahren sein wirtschaftliches Ergebnis durch höhere Preise für Erdgaslieferungen in die GUS zu verbessern. Die GUS hat einen Anteil von mehr als einem Drittel an Gazproms Erdgasexporten. Die Ukraine allein hat einen Anteil von 20 % und liegt damit vor Deutschland. Gleichzeitig hat Gazprom ein Interesse daran, die ukrainischen Erdgaspipelines zu übernehmen, um den Transit besser kontrollieren zu können. Langfristig versucht Gazprom außerdem, die Bedeutung der Ukraine als Transitland durch nördliche und südliche Umgehungsrouten durch die Ostsee (NordStream) bzw. das Schwarze Meer (SouthStream) zu reduzieren.

Die politische Führung Russlands nutzte diesen Konflikt, um der Ukraine angesichts ihrer Westorientierung (symbolisiert durch das Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft) die Abhängigkeit von Russland zu demonstrieren. Auch hier bestätigt sich (wie schon im Südossetien-Krieg), dass Russland seine Interessen in der GUS aggressiv vertritt und immer weniger Rücksicht auf internationale Reaktionen nimmt.

Die Ukraine wiederum steht mit dem Rücken zur Wand. Das Land dürfte der Zahlungsunfähigkeit in Folge der internationalen Finanzkrise wohl nur durch einen IWF-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar entgangen sein. Da die Erdgasimporte über eine staatliche Firma abgewickelt werden und der Staat für ukrainische Privatverbraucher den Erdgaspreis stark subventioniert, bedeutet der Erdgashandel eine erhebliche finanzielle Belastung für den Staatshaushalt. Die ukrainischen Zahlungen für Erdgasimporte (ohne Verzugszinsen und Strafzahlungen) beliefen sich 2008 auf über 8 Mrd. US-Dollar. Eine volle Weitergabe der Preiserhöhungen an die Endverbraucher unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise würde für die angeschlagene Koalitionsregierung politischen Selbstmord bedeuten.

Gleichzeitig konnte die Ukraine davon ausgehen, dass Gazprom aufgrund seiner Abhängigkeit von ukrai-

nischen Transitpipelines erpressbar ist, und genau wie 2006 illegalen ukrainischen Gasentnahmen aufgrund der Verpflichtung gegenüber den europäischen Kunden wenig entgegenzusetzen kann. Eine Beteiligung Gazproms an den Transitpipelines wird von allen politischen Kräften in der Ukraine (einschließlich der »pro-russischen« Partei der Regionen) unter Berufung auf die nationale Sicherheit abgelehnt.

Chronik

Da eine Einigung über den zukünftigen Lieferpreis bis Ende Dezember 2008 nicht erreicht wurde, stellt Gazprom zum Jahresbeginn 2009 die Erdgaslieferungen an die Ukraine ein. Während Gazprom eine Preiserhöhung von 180 US-Dollar/1000 m³ auf 250 US-Dollar/1000 m³ anstrebt (und im Zuge der Eskalation des Streits sogar eine Preisforderung von 450 US-Dollar/1000 m³ erhebt), will die Ukraine maximal 201 US-Dollar/1000 m³ zahlen und gleichzeitig die Transitgebühr für russisches Erdgas erhöhen.

Hinzu kommt, dass die Ukraine die Bezahlung des bisher gelieferten Erdgases verzögert. Die Zahlung vom 30.12.2008 kommt nicht mehr zum Jahresende bei Gazprom an. Zusätzlich fordert Gazprom noch 0,6 Mrd. US-Dollar an Zins- und Strafzahlungen. Diese Forderung wird jedoch von der ukrainischen Seite nicht anerkannt. Gazprom erhebt deswegen Klage vor dem internationalen Wirtschaftsschiedsgericht in Stockholm, das grundsätzlich in den russisch-ukrainischen Erdgasverträgen als Schlichtungsorgan vorgesehen ist, bisher jedoch nicht die Möglichkeit erhielt nachhaltig tätig zu werden.

Nach eigenen Angaben liefert Gazprom Anfang Januar 2009 weiterhin in vollem Umfang Erdgas für den Transit durch die Ukraine. Bei europäischen Abnehmern kommt es jedoch trotzdem zu einem Lieferrückgang. Gazprom macht illegale Entnahmen der Ukraine hierfür verantwortlich. Die Ukraine läßt verlauten, Gazprom habe die Liefermengen wohl reduziert, weil

es aufgrund des kalten Winters nicht über ausreichende Gasvorräte verfüge.

Mit dem Vorwurf der illegalen Entnahmen durch die Ukraine begründet Gazprom am 7.1.2009 die vollständige Einstellung von Gaslieferungen in Richtung Ukraine. Die russischen Lieferungen nach Europa gehen deshalb drastisch zurück. Einige Länder auf dem Balkan und in Mitteleuropa erhalten überhaupt keine russischen Lieferungen mehr. Am stärksten betroffen sind Bulgarien, die Slowakei und Moldawien.

Unter Vermittlung der EU einigen sich Russland und die Ukraine auf eine Wiederaufnahme des Transits. Eine Beobachtermission der EU soll den Gastransit überwachen und bei Bedarf klären, ob fehlende Lieferungen der russischen oder ukrainischen Seite anzulasten sind. Die ukrainische Seite fügt in das Abkommen bei der Unterschrift einseitig eine Zusatzklärung ein, woraufhin die russische Seite das Abkommen aussetzt. Am 12.1.2009 wird das Abkommen schließlich ohne Zusätze unterzeichnet und die EU-Beobachter nehmen ihre Arbeit auf. Es stellt sich jedoch heraus, dass sie aufgrund eingeschränkter Zugang zu den Verteilerzentren nicht in der Lage sind, die Erdgaslieferungen umfassend zu überprüfen.

Wenige Stunden nach der Wiederaufnahme der Lieferungen durch Russland stellt die Ukraine am 14.1.2009 den Transit ein, da die russische Liefermenge nicht ausreicht, den erforderlichen Druck zu erzeugen. Die Ukraine verwendet deshalb einen Teil der russischen Lieferung als technisches Gas. Der russische Präsident Dmitri Medwedew lädt daraufhin alle Konfliktparteien zu einem Krisengipfel nach Moskau ein.

Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin trifft sich am 16.1.2009 in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er schlägt vor, dass die EU-Erdgaskunden für die Ukraine das technische Gas bereitstellen. Im Kontext des Besuchs wird (u. a. durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft) auch der Vorschlag aufgegriffen, ein internationales Konsortium als Betreiber der ukrainischen Transitpipelines einzusetzen.

Beim Krisengipfel in Moskau am 18.1.2009 einigt sich Putin dann mit seiner ukrainischen Amtskollegin Julia Timoschenko auf eine Lösung. Es werden zwei

separate Verträge für den ukrainischen Erdgastransit und den ukrainischen Erdgasimport entworfen. Zusätzlich wird die Rolle eines westlichen Konsortiums bei der Betreuung der ukrainischen Transitpipelines diskutiert. Die Verträge zu Transit und Import werden am 19.1.2009 von beiden Seiten unterschrieben. Am 20.1.2009 werden die russischen Gaslieferungen in Richtung Ukraine wieder aufgenommen.

Die Verträge haben eine Laufzeit bis 2019. Die ukrainischen Import- und Transitpreise sollen an die europäische Preisformel (Koppelung an den Erdölpreis mit quartalsweiser Berechnung) angeglichen werden. Für 2009 soll die Ukraine einen Rabatt von 20 % erhalten und dafür im Gegenzug die Transitpreise nicht erhöhen. Zwischenhändler sind nicht mehr vorgesehen.

Ausblick

Mit dem Ausschluss der Zwischenhändler und dem Übergang zu einer langfristigen, vertraglichen Regelung sind die formalen Grundlagen für einen stabilen Erdgashandel gelegt. Aufgrund der bisherigen Erfahrung mit dem Umgang beider Seiten mit vertraglichen Verpflichtungen muss aber damit gerechnet werden, dass sowohl Zahlungsschwierigkeiten der Ukraine als auch außenpolitische Spannungen zwischen den beiden Ländern schnell wieder zu einer Eskalation führen können.

Die Ukraine muss ihren Energieverbrauch dringend reduzieren, um die aus den neuen Erdgaspreisen resultierenden erheblichen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Belastungen abzufedern. Hinzu kommt als weiteres Problem der große Modernisierungsbedarf des ukrainischen Pipelinennetzes, der wohl nur mit Hilfe ausländischer Investitionen zu decken ist. Während Russland in Reaktion auf den Konflikt mit der Ukraine die Bedeutung seiner Pläne für Exportpipelines unter Umgehung problematischer Transitländer (Nord-Stream und SouthStream) betont, fordern vor allem die ehemals sozialistischen EU-Mitgliedsländer unter Führung von Polen nun verstärkt die Forcierung alternativer Pipelineprojekte und insbesondere der Nabucco-Pipeline.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipp:

Weitere Analysen des Erdgaskonflikts finden Sie in den Ukraine-Analysen 50/08 unter

<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen50.pdf>

Analyse

Trügerischer Friede? Kosten und Nutzen der Gasverträge zwischen Russland und Ukraine

Von Jonas Grätz und Kirsten Westphal, Berlin

Zusammenfassung

Die Erleichterung in der Europäischen Union war groß. Am 19. Januar 2009 gab Ministerpräsident Putin an Gazprom die »Anweisung«, den Gastransit durch die Ukraine »in alle Richtungen« wieder aufzunehmen. Zuvor war jeweils ein Vertrag für Gaslieferungen und Gastransit zwischen Gazprom und Naftohaz abgeschlossen worden. Europa kann aufatmen, so scheint es. Das Unterzeichnen der Verträge ist aber keinesfalls mit einer Beilegung der Streits zu verwechseln. Eine nähere Analyse der Verträge zeigt, dass bereits neue Konflikte am Horizont heraufziehen. Diese werden durch die innenpolitische Lage in der Ukraine verschärft. Eine genaue Analyse der durch eine Indiskretion der ukrainischen Seite bekannt gewordenen Verträge zeigt, dass Gazprom seine Interessen weitgehend durchsetzen konnte, was neuen Konfliktstoff birgt. Zwar konnte die Ukraine ihre Position bezüglich der Transitgebühren relativ verbessern, absolut gesehen ist Gazprom allerdings der Hauptprofiteur des neuen Arrangements.

Streitpunkte des Gasstreits

Vordergründig entzündete sich der Streit Ende 2008 an alten Schulden und neuen Preisen für den Einkauf und Transit von Gas durch die Ukraine. Frühere Vereinbarungen wurden in Frage gestellt und als obsolet betrachtet.

Schuldenfrage. Die russische Seite bezifferte Ende Dezember die ukrainischen Schulden für Gasimporte auf 2,4 Milliarden US-Dollar, die Ukraine auf lediglich 1,5 Milliarden US-Dollar. Die Schuldenfrage ist undurchsichtig, denn größter Schuldner ist der Zwischenhändler RosUkrEnerg, der turkmenisches Gas durch Russland an die Ukraine verkauft hat und auch auf dem ukrainischen Binnenmarkt tätig ist.

Preisfragen. Die Vorstellungen gingen auch bei den Preisen für 2009 weit auseinander: Zunächst verlangte Gazprom 250 US-Dollar pro tausend Kubikmeter (2008 hatte die Ukraine noch einen Festpreis von 179,50 US-Dollar zu zahlen). Im Laufe der Verhandlungen erhöhte Gazprom seine Forderung schrittweise auf 418, später auf 450 US-Dollar, da die Ukraine das anfängliche Vorzugsangebot ausgeschlagen habe. Unklar ist, welche Nebenbedingungen und Transitpreise mit diesen Preisangeboten jeweils verbunden waren. Die ukrainische Seite nannte 235 US-Dollar einen realen Preis. Obschon in der Öffentlichkeit mit festen Preisen jongliert wurde war klar, dass über einen an unterschiedliche Ölprodukte gekoppelten variablen Preis nach westeuropäischem Modell verhandelt wurde.

Transitfragen. Zumindest nach russischem Bekunden hatte noch bis einschließlich 2010 ein Transitvertrag Geltungskraft. Die Erhöhung der Gaspreise macht

wegen der damit einhergehenden höheren Energiekosten für den Gastransport jedoch eine Neuverhandlung der Konditionen erforderlich. Gazprom bot zunächst an, einen Teil der Transitgebühren für 2009 in Höhe von 1,70 US-Dollar pro 100km und 1000m³ als Vorschuss zu zahlen, damit Naftohaz seine Schulden tilgen konnte. Als Ausgleich für die Vorabzahlung würden sich die Transitgebühren nochmals verringern. Darauf ging die Ukraine nicht ein, sondern forderte als Reaktion auf höhere Gaspreise auch höhere Transitgebühren.

Die Frage des Transitregimes spielte nach Beginn der Lieferkürzungen eine immer größere Rolle, besonders in Bezug auf die Gasmengen, die benötigt werden, um die Kompressor- und Verteilerstationen zu betreiben (»technisches Gas«) und den Druck in den Pipelines (»line pack«) aufrechtzuerhalten. Auf Grund der höheren Kosten für Transitedienstleistungen war der ukrainische Versorger Naftohaz nicht mehr bereit, technisches Gas unter dem geltenden Transitvertrag bereitzustellen und forderte dessen Bereitstellung von Gazprom. Besonders brisant wurden diese technischen Fragen, als unter den Augen der europäischen Beobachtermission nur geringe Gasmengen über Sudzha ins ukrainische Netz eingespeist werden sollten, die für Moldova, Bulgarien und die Slowakei bestimmt waren. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass dieses Vorgehen es der Ukraine unmöglich machte, Gas nach Europa weiterzuleiten. Das russische Kalkül ist offenkundig: Die Unzuverlässigkeit und/oder Unfähigkeit der Ukraine sollte aller Welt vor Augen geführt werden.

Zwischenhändler. Der Gasstreit vor drei Jahren wurde »gelöst«, indem man mit RosUkrEnerg einen

Zwischenhändler einschaltete, der turkmenisches Gas zu günstigen Preisen an die Ukraine verkaufte und dabei das Pipelinennetz Gazproms nutzen durfte. Das Unternehmen gehört je zur Hälfte Gazprom und zwei ukrainischen Geschäftsmännern mit Verbindungen zur Politik. Ironischerweise hatte dieses äußerst intransparente Geschäftsmodell nun nicht unwesentlichen Anteil an der Eskalation der diesjährigen Gaskrise. Einer der Geschäftsmänner, Dmitrij Firtasch, soll Verbindungen zum ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko unterhalten, der sich wiederholt für das Unternehmen einsetzte.

Gazprom profitierte von dem Konstrukt insofern, als es mit der Beteiligung am Zwischenhändler die Wertschöpfungskette in beide Richtungen erweitern und vertiefen konnte. Der Konzern verdient am monopolisierten Kauf turkmenischen Gases und dem Weiterverkauf an die Ukraine. Dieses Motiv verlor sich, als Russland den zentralasiatischen Ländern ab 2009 flexible Gaspreise mit einem Grundpreis von 340 US-Dollar pro tausend Kubikmeter zugestand.

Hier endete die Kette aber nicht, denn die höchsten Wertschöpfungsmöglichkeiten bestanden beim Vertrieb an Endkunden und dem Export nach Westeuropa. Gazprom besitzt über RosUkrEnergio und direkte Töchter Anteile an lukrativen und strategischen Geschäftssegmenten im ukrainischen Gassektor, wie Speicherkapazitäten, regionale Gasgesellschaften und deren Netze. RosUkrEnergio kontrolliert nach eigenen Angaben 75 % des ukrainischen Endkundengeschäfts, darunter fast alle lukrativen Großkunden. Wer jedoch den Gasmarkt in solch hohem Maße kontrolliert, kann auch weitgehend über die Brennstoffkosten bestimmen und damit über die Wettbewerbsbedingungen. Dies gilt insbesondere in der von Schwerindustrie geprägten ukrainischen Wirtschaft, für die der Zugang zu günstigem Gas ein zentraler Wettbewerbsvorteil ist.

Offenbar konnte RosUkrEnergio von Gazprom garantierte Gasmengen für eigene Geschäfte beziehen. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass der Zwischenhändler Lieferverträge über zentralasiatisches Gas mit EU-Staaten schließen durfte.

Gazproms Interessen

Sowohl Gazprom als auch die politischen Eliten Russlands müssen in der gegenwärtigen Situation ein starkes Interesse daran haben, höhere Gaspreise durchzusetzen. Denn weltweit sind Gaspreise an den Ölpreis gekoppelt und folgen ihm mit einer etwa sechs- bis neunmonatigen Verzögerung. 2008 fiel der Ölpreis von seinem Höchststand im Juli (147 US-Dollar pro Bar-

rel) binnen vier Monaten um fast 100 US-Dollar. Der Verfall der Energiepreise, Georgienkrieg und Finanzkrise haben Gazprom kalt erwischt: Im Frühjahr 2008 noch gemessen an der Börsenkapitalisierung das drittgrößte Unternehmen der Welt, ist der Marktwert des russischen Erdgaskonzerns seitdem um 75 % gefallen, während sich die Auslandsschulden auf ungefähr 50 Mrd. US-Dollar belaufen. Das erschwert nicht nur die Finanzierung des für 2009 geplanten ambitionierten Investitionsprogramms von über 30 Mrd. US-Dollar, sondern droht auch die Balance zwischen subventionierten Preisen auf den russischen und belarussischen Märkten und Exporteinnahmen durcheinander zu bringen. Zudem ist die Produktion seit 2006 rückläufig, weshalb dringend neue Felder erschlossen werden müssen. Kurz, Gazprom braucht kurzfristig Geld, um die Durststrecke bis zum erneuten Ansteigen der Energiepreise zu bewältigen – auch zur Wahrung der Position auf dem Weltmarkt.

Währenddessen ist die Ukraine mengenmäßig der größte einzelne Abnehmer Gazproms, wobei in den letzten Jahren ein Hauptteil der Gazprom-Lieferungen an die Ukraine aus Zentralasien kam. Gazprom ist jedoch mit den zentralasiatischen Staaten ab 2009 ebenfalls von einem Festpreis zu variablen an Ölprodukte gekoppelten Preisen übergegangen. Der Grundpreis der Preisformel beträgt hier offenbar 340 US-Dollar pro tausend Kubikmeter, die im ersten Quartal 2009 zu zahlen sind. Danach verringert sich der Preis entsprechend der Ölpreisentwicklung in den vergangenen Monaten. Spielraum, der Ukraine niedrigere Preise zuzugestehen, war infolgedessen kaum vorhanden.

Auch die politischen Eliten sind in der gegenwärtigen Situation daran interessiert, dass Gazprom mehr Geld einnimmt. Zum einen brechen die Einnahmen aus Export- und Extraktionssteuer für Erdöl, die 2007 über ein Drittel der Staatseinnahmen ausmachten, sehr rasch ein. Die Gasmärkte haben demgegenüber den Vorteil, langsamer und weniger stark zu reagieren und damit auch gleichmäßige Deviseneinnahmen zu erbringen. Obgleich Gazprom im Vergleich zum Ölsektor nur geringe Extraktions- und Exportsteuern abführt, macht sich deren Ausfall in der gegenwärtigen Lage doch stark bemerkbar. Auch müssen die Eliten ein Interesse am Erhalt Gazproms als finanzkräftigem Unternehmen besitzen, das den Binnenmarkt sowie Belarus und Transnistrien zu subventionierten Preisen beliefern kann.

Außer einem Interesse an höheren Preisen ist Gazprom am Erwerb des ukrainischen Transitnetzes interessiert, um die Exportrouten nach Westeuropa besser

kontrollieren zu können und Transitgebühren zu sparen. Gazprom versucht daher schon seit langem, auf laufende Schulden zu nutzen, um Anteile am ukrainischen Transitnetz zu erwerben.

Die neuen Verträge

Der Übergang von Festpreisen für Erdgas und Transitdienstleistungen auf ein an die Ölpreisentwicklung gekoppeltes Modell, wie es die jetzt geschlossenen Verträge vorsehen, ist grundsätzlich zu begrüßen, da es eine politische Preisbildung verhindert. Beide Verträge sehen eine Laufzeit bis einschließlich 2019 vor.

Schaut man sich die neuen von den Ministerpräsidenten Vladimir Putin und Julia Timoschenko ausgehandelten Verträge genauer an, wird deutlich, dass Gazprom seine Interessen weitgehend durchsetzen konnte, was neuen Konfliktstoff birgt. Eine vergleichende Bewertung bleibt schwierig, da andere Gasverträge der in der Branche üblichen Geheimhaltung unterliegen. Man kann allerdings vermuten, dass Gazprom seinen Informationsvorsprung und Erfahrungsschatz bei der Aushandlung von Verträgen zu nutzen wusste.

Schon kurz nach der Unterzeichnung werden die Vertragskonditionen in der Ukraine in Frage gestellt: Der Sprecher des Präsidenten ließ kürzlich verlauten, Naftohaz-Chef Oleh Dubyna, der kurz nach Abschluss der Verhandlungen einen Herzanfall erlitt, sei bei der Unterzeichnung unter massiven Druck gesetzt worden. Dies stelle die Rechtskraft der Verträge unter Vorbehalt.

Liefervertrag. Die Ukraine zahlt im Grundsatz ab diesem Jahr europäische Preise, die nach einer Formel jedes Quartal neu berechnet werden. Der Vertrag enthält eine *take or pay* Klausel, die die Abnahme und Bezahlung von mindestens 80 % der vertraglich vereinbarten Menge vorsieht. In diesem Jahr will die Ukraine 40 Mrd. Kubikmeter von Gazprom einkaufen, ab 2010 sollen es jährlich 52 Mrd. sein. Die vereinbarte Menge kann in Nachverhandlungen nur um 20 % erhöht oder verringert werden. Sollte Naftohaz einmal mit Zahlungen im Verzug sein oder nicht zahlen, kann Gazprom die Lieferung sofort einstellen. Eine ähnliche Regelung findet sich im Transitvertrag nicht. Die Preisformel orientiert sich an den Marktpreisen von Diesel und schwerem Heizöl und geht von einem sehr hohen Basispreis von 450 US-Dollar pro tausend Kubikmeter aus. Dies verdeutlicht, dass Gazprom das gegenwärtig noch hohe Preisniveau auf den Gasmärkten nutzen konnte, sich die unnachgiebige Haltung Gazproms im Gasstreit letztlich bei der Vertragsgestaltung bemerkbar gemacht hat.

Für 2009 erhält die Ukraine noch Preisvergünstigungen von 20 %. Die Lieferpreise beziffern sich damit für das erste Quartal 2009 auf 360 US-Dollar und werden bei etwa gleichbleibenden Ölpreisen im zweiten Quartal auf ca. 265 US-Dollar sinken.

Transitvertrag. Als Ausgleich bleiben die Transitgebühren 2009 bei der Vorzugsrate von 1,70 US-Dollar für tausend Kubikmeter pro hundert Kilometer. Faktisch sind sie noch niedriger, da Gazprom im Gegenzug für einen bereits gewährten Vorschuss an Naftohaz weitere Ermäßigungen erhält. Ab 2010 berechnet sich der Transitpreis dann nach einer Formel, die an die Entwicklung des im Liefervertrag vereinbarten Gaspreises gekoppelt ist und nicht mehr unter 2,04 US-Dollar fallen kann. Für mittlere Gaspreise bis 280 US-Dollar pro tausend Kubikmeter verbessern sich damit die *terms of trade* der ukrainischen Dienstleistung ab 2010 im Vergleich zu 2008 etwas. Steigen die Gaspreise über 280 US-Dollar ist der Deal für die Ukraine nachteilig, da die Steigerung der Preise für den Transit dann nicht mehr mit der Steigerung des Gaspreises schritt hält. Wichtig ist, dass man sich auf ein Regime geeinigt hat, dass abgekoppelt von den Lieferverträgen ist und die Preisschwankungen für technisches Gas mit einbezieht.

Beide Verträge enthalten Revisionsklauseln, die Neuverhandlungen erlauben, falls eine der Seiten die Situation auf dem europäischen Gasmarkt als fundamental verändert bewertet. Dabei soll aber der Vertragsrahmen erhalten bleiben.

Der **Zwischenhändler** RosUkrEnergO wurde aus dem Gasgeschäft ausgeklammert. Er soll angeblich für das Scheitern der Gespräche am 31. Dezember 2008 mitverantwortlich sein, weil er im Geschäft bleiben wollte. Für die Beseitigung von RosUkrEnergO hat die Ukraine jedoch einen hohen Preis gezahlt. Denn die Frage RosUkrEnergO ist eng mit dem *Schuldenproblem* verbunden. Der ukrainische Gasversorger Naftohaz hat sich gemäß einer Zusatzvereinbarung zum Gasvertrag bereit erklärt, die Schulden der RosUkrEnergO gegenüber Gazprom und ihren Tochtergesellschaften in Höhe von 1,7 Mrd. US-Dollar zu übernehmen. Woher diese Schulden stammen ist derweil unklar. Um sie bedienen zu können, erhält Naftohaz von Gazprom eine Vorauszahlung für Transportdienstleistungen für die Jahre 2009-2010 in der selben Höhe. Gleichzeitig verpflichtet sich Naftohaz, das Geld ausschließlich für die Schuldentilgung gegenüber Gazprom zu verwenden. So wird Naftohaz in den kommenden Jahren kaum Einnahmen erzielen, da es die Transitgebühren zur Schuldentilgung aufwenden muss.

Die Zukunft von RosUkrEnergó im ukrainischen Endkundengeschäft und die Bedienung ihrer Lieferverträge in EU-Staaten wie Polen oder Bulgarien ist indes ungeklärt. Unklar ist auch, ob Naftohaz die angeblich in ukrainischen Gasspeichern verbliebenen Reserven der RosUkrEnergó übernommen hat. Während Timoschenko und Naftohaz diese Meinung vertreten, widersprechen Gazprom und der Chef der ukrainischen Zollbehörde dieser Version. Gazprom hat sich derweil über sein Tochterunternehmen Gazprom Sbyt Ukraina den Zugang zum ukrainischen Markt gesichert und darf 25 % des importierten Gasvolumens verkaufen.

Auswertung

Im Ergebnis wird deutlich, dass die Ukraine zwar ihre Position bezüglich der Transitgebühren relativ verbessern konnte, absolut gesehen jedoch Gazprom der Hauptprofiteur des neuen Arrangements ist. Der russische Erdgaskonzern konnte auf Grundlage der hohen Gaspreise und der kompromisslosen Haltung nicht nur eine Preisformel durchsetzen, die auch bei langfristig niedrigem Ölpreis einen hohen Gaspreis in der Ukraine garantiert, sondern auch die Schulden

der RosUkrEnergó, an der Gazprom zu 50 % beteiligt ist, an Naftohaz abtreten. Damit stellt das Gazprom-Management sicher, dass die Profite, die zuvor in privaten russischen und ukrainischen Taschen versickert sind, vom ukrainischen Verbraucher noch einmal gezahlt werden – diesmal an andere Gazprom-Töchter.

Damit sehen die kommenden Jahre für die Ukraine und Naftohaz nicht besonders rosig aus. Die höheren Gaspreise können nicht an die Verbraucher weitergegeben werden, was auf die Gewinnmarge drückt. Zudem müssen die Einnahmen aus dem Gastransit der nächsten anderthalb Jahre für die Schuldentilgung aufgewendet werden. Gazprom könnte daher in naher Zukunft die Übernahme des ukrainischen Transitnetzes gelingen, etwa wenn die Ukraine zahlungsunfähig werden sollte. Schon werden daher erste Stimmen aus dem Lager von Präsident Juschtschenko laut, die eine Neuverhandlung der Verträge bis zum Sommer fordern. Und Ministerpräsidentin Timoschenko meint, im nächsten Jahr könne man ja wieder über Preisnachlässe bei den Gaslieferungen verhandeln. Das Unterzeichnen der Verträge sollte daher nicht mit einer Beilegung des Gasstreits verwechselt werden.

Über die Autoren

Jonas Grätz ist Stipendiat der Forschungsgruppe Russland/ GUS der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Dr. Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globale Fragen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

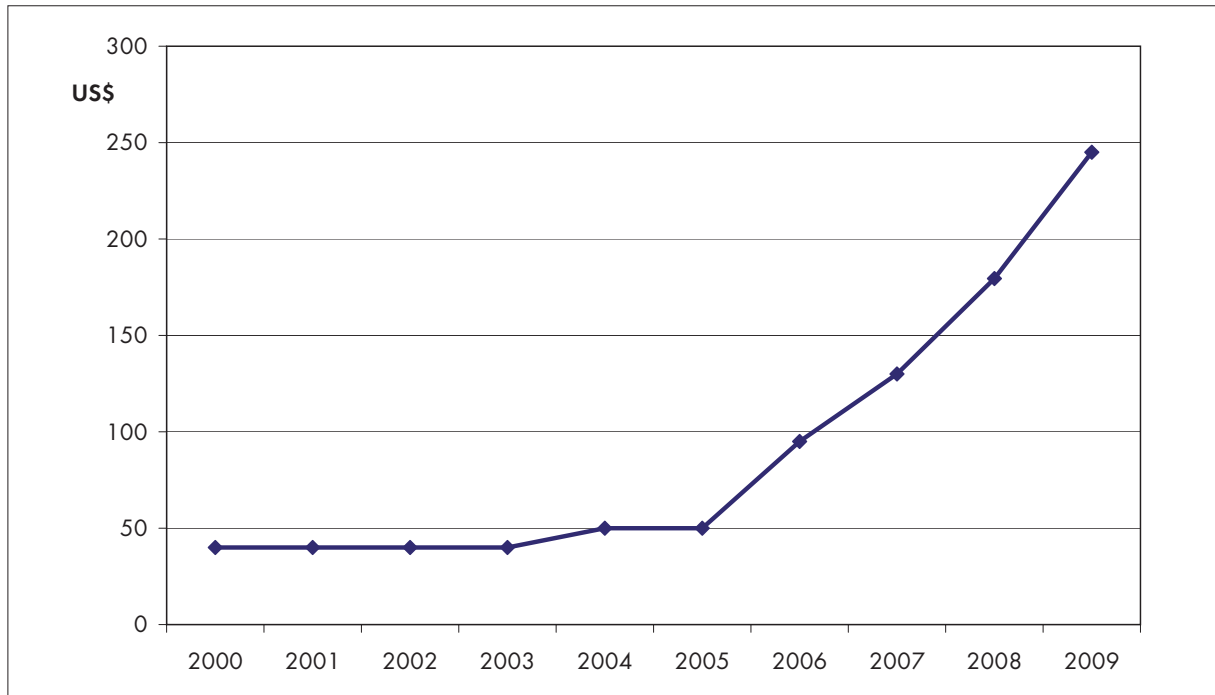
Der vorliegende Text ist eine ausführliche und aktualisierte Fassung des SWP-Aktuell 3/09 »Ende gut, alles gut? Das russisch-ukrainische Gasabkommen auf dem Prüfstand« der beiden Autoren.

Lesetipp:

Weitere Analysen des Erdgaskonflikts finden Sie in den Ukraine-Analysen 50/08 unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen50.pdf>

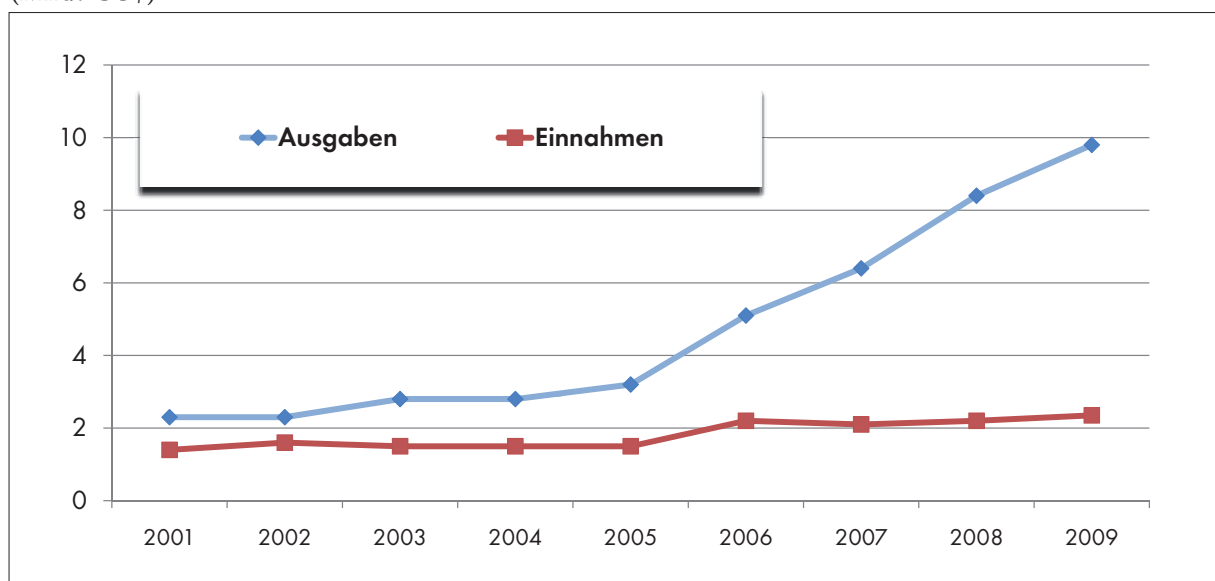
Statistik

Der russisch-ukrainische Gashandel

Grafik 1: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–2009 (US\$/Tsd. m³)


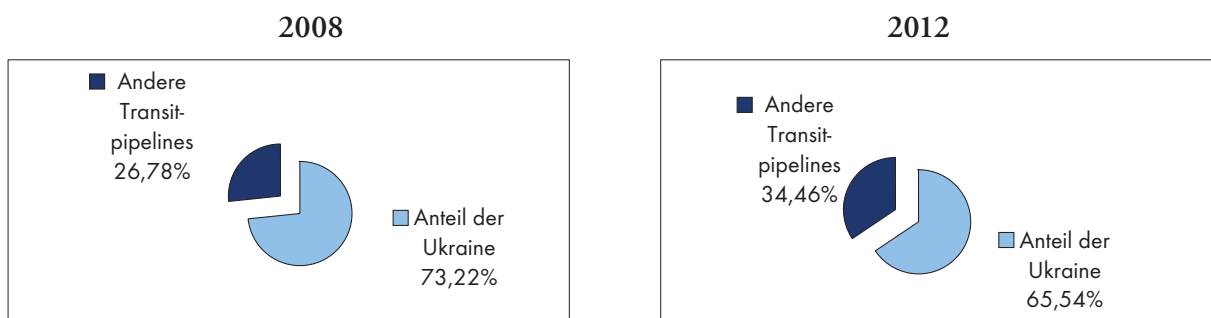
Anmerkung: Der Wert für 2009 ist ein geschätzter Durchschnittspreis.

Quellen: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew, http://ier.org.ua/papers_en/v12_en.pdf

Grafik 2: Ukrainische Ausgaben für Erdgasimporte und Einnahmen durch Transit von Erdgas (Mrd. US\$)


Anmerkung: Die Werte für 2009 sind Schätzungen.

Quelle: Simon Pirani, Oxford Institute for Energy Studies.

Grafik 3: Ukrainischer Anteil an Transitpipelines für russisches Erdgas


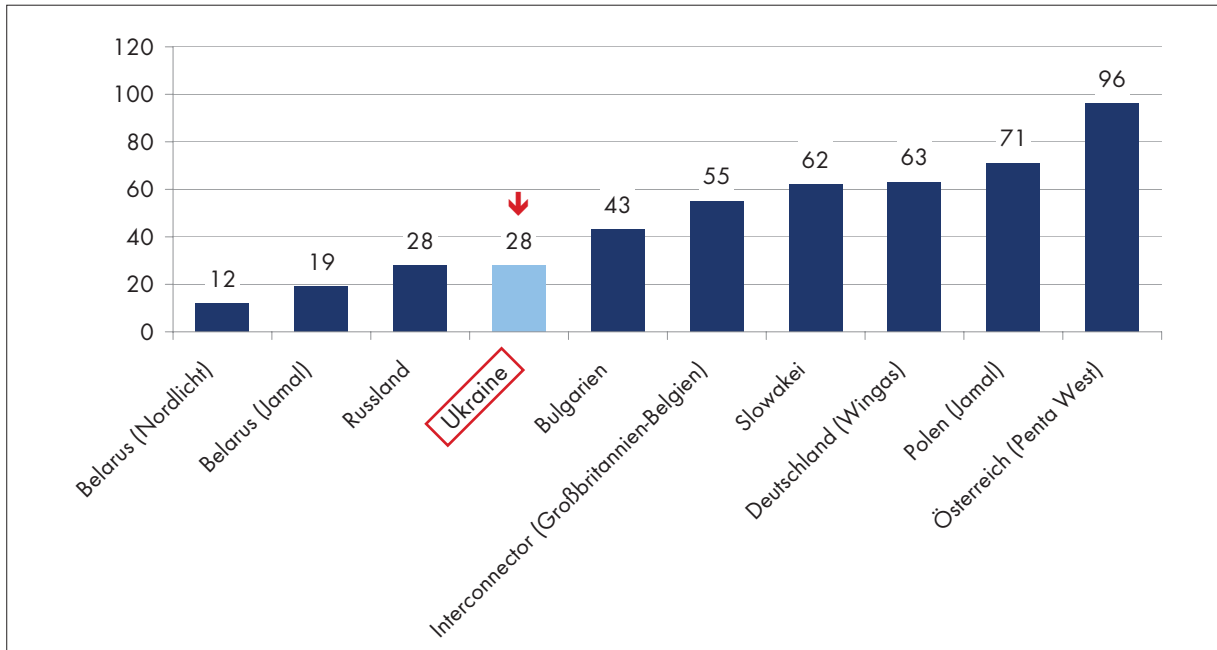
Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen – eigene Zusammenstellung; siehe Tabelle 1 unten.

Tabelle 1: Gazproms Exportrouten (in Mrd. m³)

Pipeline	Route	Kapazität 2008	Kapazität 2012
»Bruderschaft« / »Union« (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Ukraine – Zentraleuropa	130	130
»Nordlicht« (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Zentraleuropa	25	25
Trans-Balkans (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Ukraine – Balkan	20	20
Finnland Connector (Sowjetisches Pipelinenetz, ausgebaut 1999)	Russland – Finnland	20	20
Jamal-Europa (seit 1999 in Betrieb)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28	28
»Blauer Strom« (seit 2002 in Betrieb)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16	16
Ostseepipeline (Inbetriebnahme für 2011/2012 geplant)	Russland – Ostsee – Deutschland	-	28
Gesamtkapazität		239	267

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen – eigene Zusammenstellung.

Grafik 4: Gebühren für den Erdgas transit im internationalen Vergleich (2006, €/m³/350km/h/Jahr)

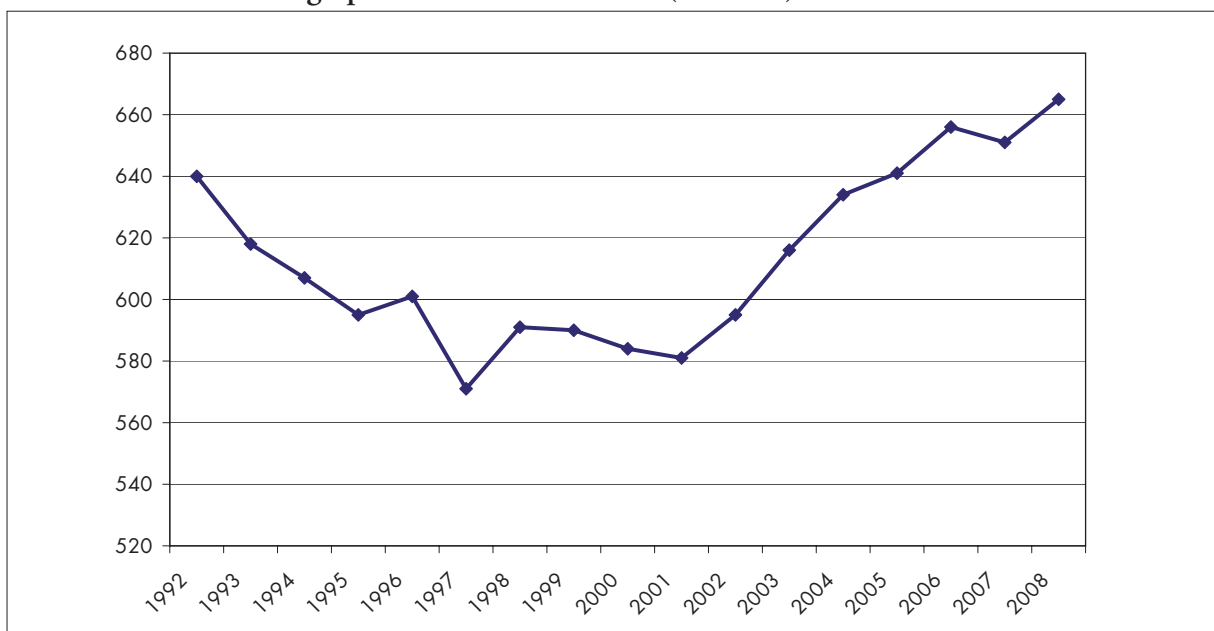


Anmerkung: Gebühren ändern sich gewöhnlich je nach Entfernung und Kunde. Das Diagramm zeigt die Durchschnittsgebühr.

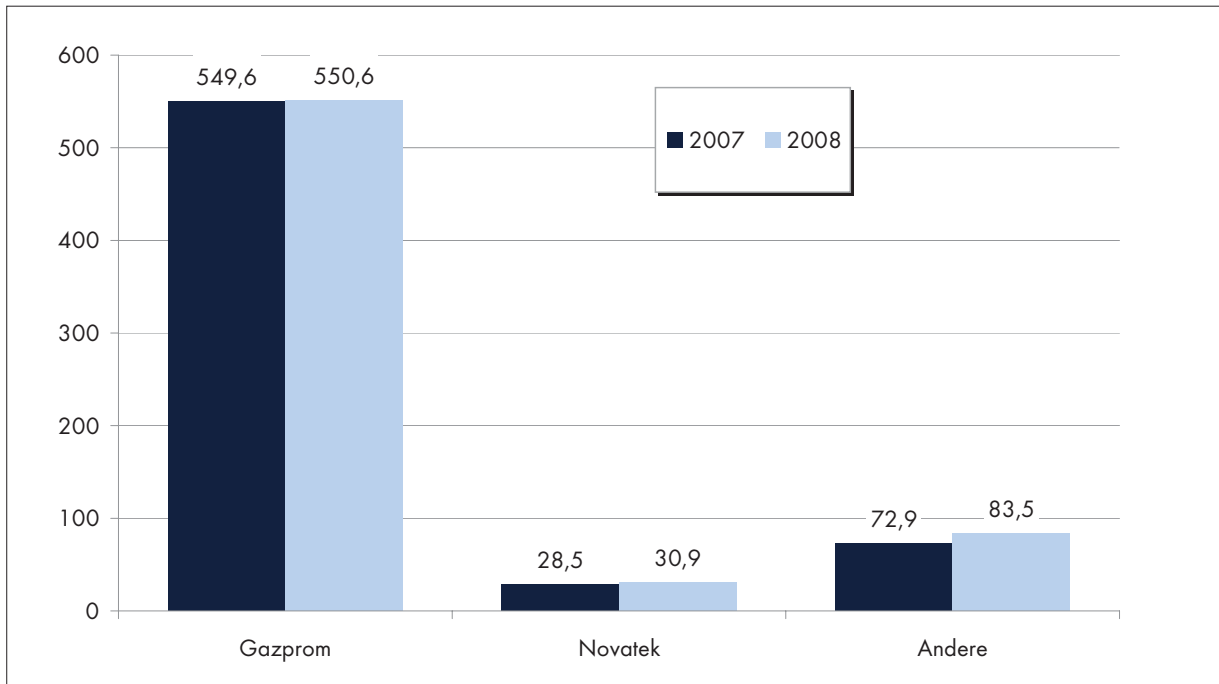
Quelle: Energy Charter Secretariat: Gas Transit Tariffs in Selected ECT Countries (2006), Brüssel 2006, S. 65, <http://www.encharter.org/index.php?id=127>

Russlands Erdgasindustrie

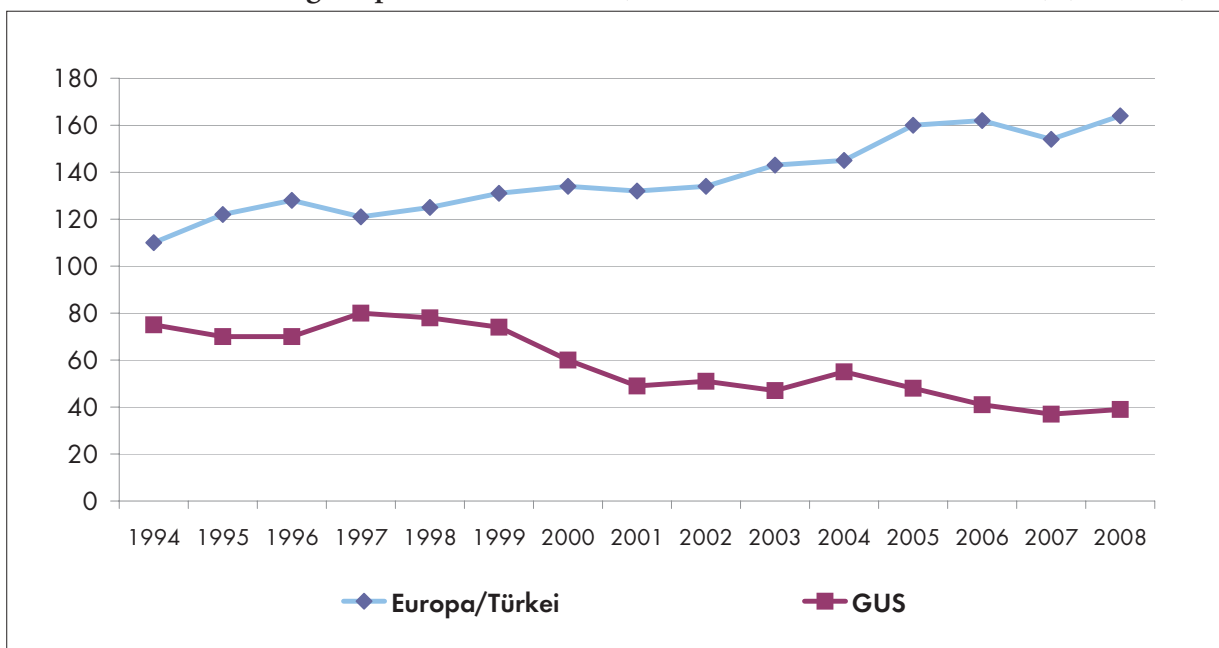
Grafik 1: Russische Erdgasproduktion 1992 – 2008 (Mrd. m³)



Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Statistik, <http://www.gks.ru/dbscripts/Cbsd/DBInet.cgi>

Grafik 2: Russische Erdgasproduktion nach Firmen (Mrd. m³)


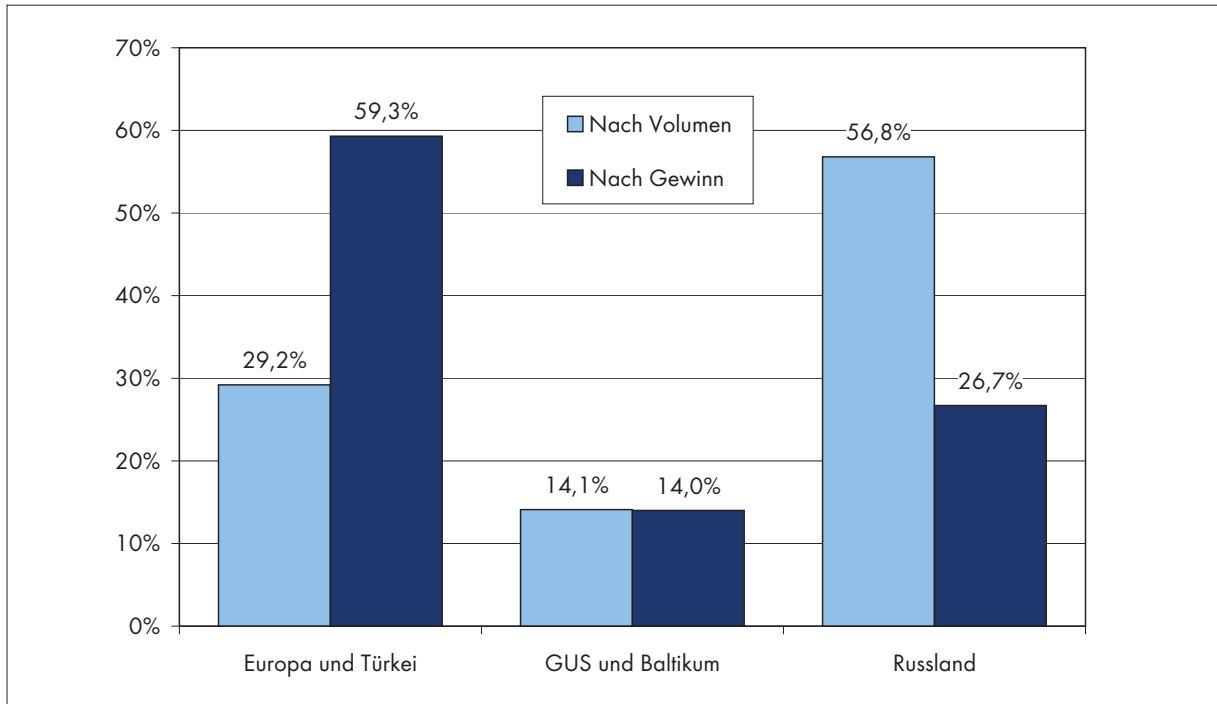
Quelle: Firmenangaben

Grafik 3: Russische Erdgasexporte 1994 – 2008 (ohne Gastransit aus Zentralasien) (Mrd. m³)


Anmerkung: Daten für 2008 sind auf der Grundlage der Daten Januar – November geschätzt.

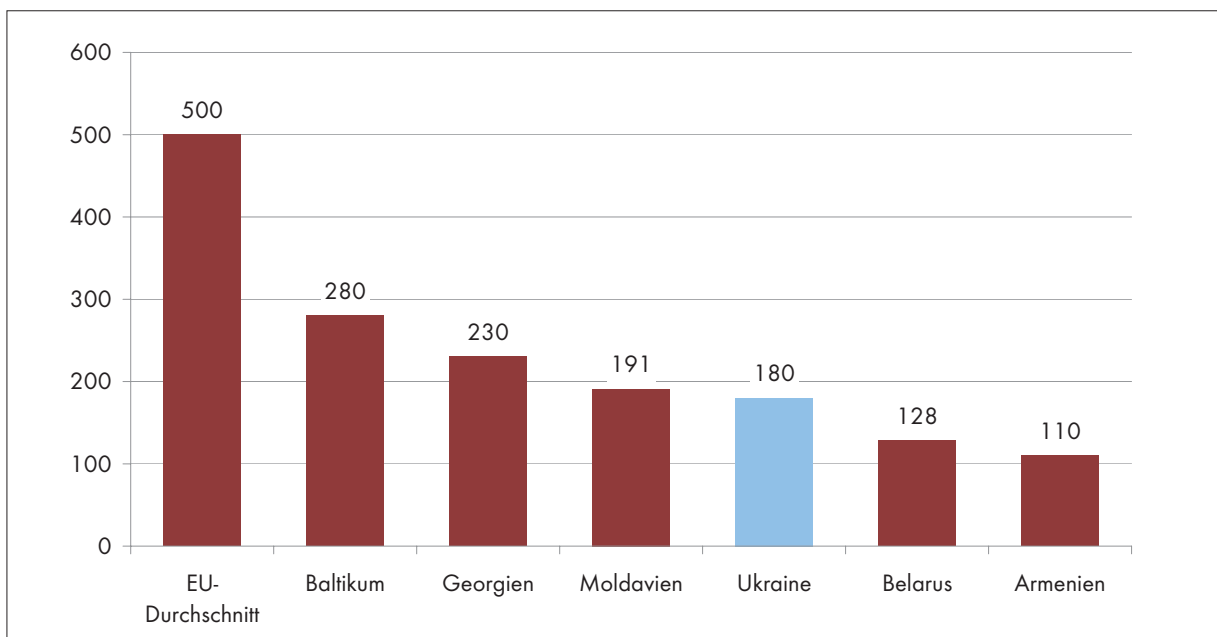
Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Statistik, <http://www.gks.ru/dbscripts/Cbsd/DBInet.cgi>

Grafik 4: Gazproms Verkäufe nach Weltregionen (Gesamtanteil, erste drei Quartale 2008)



Quelle: Firmenangaben Gazprom

Grafik 5: Gazproms Exportpreise (US\$/Tsd. m³, 2008)

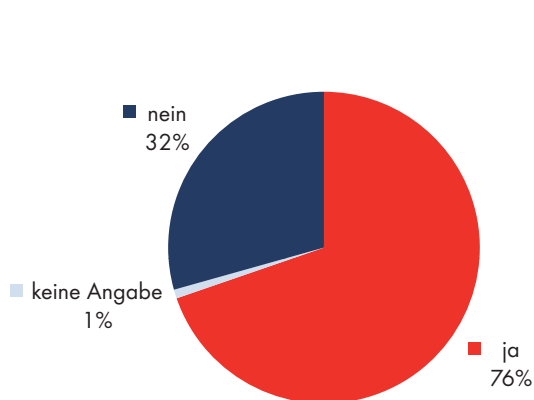


Quelle: Energy Information Administration, <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Russia/NaturalGas.html>

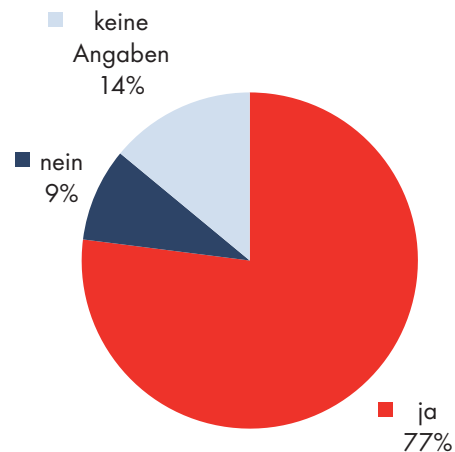
Umfrage

Die Haltung der russischen Bevölkerung zum Erdgasstreit mit der Ukraine

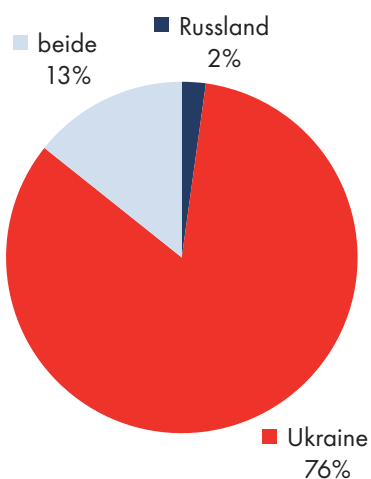
Grafik 1: Verfolgen Sie den Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine?



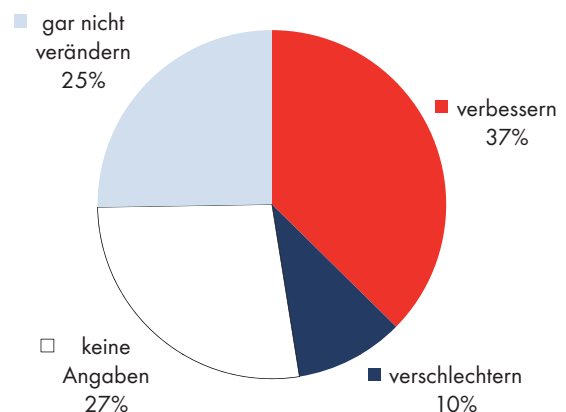
Grafik 2: Halten Sie es für richtig, dass Russland die Erdgasexporte in die Ukraine vollständig eingestellt hat?



Grafik 3: Wer ist Ihrer Meinung nach Schuld an den Lieferausfällen in Europa?



Grafik 4: Wie wird sich die Position Russlands in der Welt durch den Erdgaskonflikt verändern?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM (Fond Öffentliche Meinung) vom 17.-18. Januar 2009, <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0903/d090311>

(Abweichungen von 100% durch Rundungen.)

Analyse

Die Nabucco-Erdgaspipeline und die Europäer

Von Kirsten Westphal, Berlin

Der Zeitpunkt der Konferenz, um das Projekt der Nabucco-Pipeline voranzutreiben, hätte günstiger kaum sein können. So kurz nach dem russisch-ukrainischen Gasstreit und den harten Folgen für die südeuropäischen Länder konnte mit großer Unterstützung und Aufmerksamkeit gerechnet werden. Und tatsächlich war die Runde, die sich am 27. Januar 2009 in Budapest versammelte, illustre. Neben Vertretern der EU-Kommission, der Unternehmen und der Transitländer waren vor allem auch potentielle Gaslieferanten zugegen.

Die Nabucco-Pipeline soll die europäischen Gasmärkte an die Gasreserven des kaspischen Raums und Zentralasiens anbinden. Die Pipeline soll jährlich 31 Mrd. m³ Erdgas über eine Länge von 3300 Kilometer transportieren. Die Route verläuft durch die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn bis nach Österreich. Die Nabucco-Pipeline ist deswegen das zentrale Projekt des vierten (oder südlichen) Gaskorridors nach Europa.

Das Projekt hat nach dem russisch-ukrainischen Gasstreit nun vor allem auf symbolischer Ebene nochmals große Unterstützung durch die Europäische Union erfahren. Und in der Tat hat die Nabucco-Pipeline mittlerweile hohe Symbolkraft. Zum einen wird sie zum Testfall stilisiert dafür, wie ernst es der EU ist mit einer gemeinsamen Energiepolitik und einer größeren Diversifizierung, die aus der »großen Abhängigkeit von Russland führen kann«, so Vertreter aus Brüssel. Zum zweiten kann ihr Bau ein wichtiges Signal für Russland und die Ukraine sein, dass es die EU ernst meint und dass das rücksichtslose Verhalten des wichtigsten Lieferanten und mengenmäßig größten Transitlandes nach Europa Konsequenzen nach sich zieht. Und drittens zeigt es, ob Südosteuropa, das so stark von Gaslieferausfällen betroffen war, enger an die europäischen Gasnetze herangeführt werden kann. Perspektivisch gilt das auch für die Mitgliedsländer der Energiegemeinschaft, die die EU mit den Ländern des Balkans unterhält.

Außerdem würde die Pipeline einen doppelten Beitrag zur Diversifizierung leisten: Sie öffnet den Zugang zu neuen Gasquellen und sie nutzt eine neue Gasroute. Sicher, im Vergleich zum europäischen Gesamtverbrauch von knapp 500 Mrd. m³ jährlich ist ihr Beitrag gering. Nabucco ist ein ers-

ter Schritt, um die kaspische Region für Europa zu erschließen.

Legt man die Annahme eines steigenden Erdgasbedarfs in der EU zugrunde, dann ist auch wegen der fallenden Produktion in der EU neben Nabucco noch Platz für das häufig als Konkurrenz bezeichnete Projekt der South Stream-Pipeline, das von Russland geplant wird. Beide Projekte kämpfen mit Finanzierungsfragen. Hier hat die EU diese Woche eine Anschubfinanzierung von 200 Millionen Euro für Nabucco ausgewiesen. Das Geld dient zur Absicherung günstigerer Anleihen und Kredite.

Alle Machbarkeitsstudien für Nabucco sind mittlerweile abgeschlossen. Der Beginn der ersten Bauphase ist für 2011 vorgesehen, sieben Jahre, nachdem sich erstmals ein Konsortium zusammengefunden hat und sechs Jahre, nachdem das Projekt EU Unterstützung über das Programm Transeuropäische Netze (TEN-E) bekommen hat. Bei aller verbalen Unterstützung der EU und der Mitgliedsländer: Die Realisierung der Pipeline unterliegt einem Firmenkonsortium, indem die österreichisch OMV Konsortialführer ist und dem neben den Gasfirmen der Transitländer auch die deutsche RWE angehört. Hier spielt das Unternehmenskalkül die entscheidende Rolle. Infrastrukturell macht das Projekt Sinn und politisch ist es gewollt. Die Hindernisse liegen vor allem im kommerziellen Bereich.

Russland hat mehrfach süffisant darauf hingewiesen: Der Pipeline fehlt das Gas. Bisher ist das aserbaidjanische Gasfeld Schach Deniz vorgesehen. Da Aserbaidjan aber auch noch Lieferverträge mit Russland hat und auch aus einem strategischem Kalkül heraus, demzufolge mehrere Quellen zur Sicherung der Versorgung beitragen, müssen weitere Quellen erschlossen werden. Auf der Konferenz in Budapest nun zeigte Aserbaidjan aber weiterhin die größte Unterstützung für das Projekt, der Irak immerhin präsentierte seine Zahlen und auch Gasexporteur Ägypten war anwesend. Die zentralen Spieler aber, Kasachstan und vor allem Turkmenistan, gaben sich sehr verhalten.

Mit einem Blick auf die Landkarte bietet sich vor allem Turkmenistan als Gaslieferant an. Das Land könnte nach einem unabhängigen Audit einer britischen Firma mit seinen Gasreserven zur Liga der drei reservenreichsten Länder Russland, Iran und Katar

aufschließen. Aber auch Kasachstan und Usbekistan könnten Gas beisteuern. In diesen Ländern hat sich aber der russische Erdgaskonzern Gazprom bereits einen großen Anteil der Gasproduktion über Staatsabkommen gesichert. China hat nachgelegt und baut bereits mit hohem Tempo eine Leitung in die zentralasiatische Region. Europa trifft also auf keine »tabula rasa«. Europäische Gasinteressen könnten zum Spielball zentralasiatischer Interessen werden, denen es letztlich um höhere Preise und bessere Konditionen mit Russland und China geht, die aber die eigentliche Geschäftsbasis mit den zwei großen Nachbarn nicht verschlechtern sehen möchten. Das trifft auch auf ein innenpolitisches Kalkül, denn die Europäer werden als »unangenehmere« Partner wahrgenommen, die zu innenpolitischen Reformen und auf einen klaren Rechtsrahmen drängen könnten.

Ein Fragezeichen bleibt auch hinter dem Iran, der über die zweitgrößten Reserven weltweit verfügt. Die weltpolitische Großwetterlage hat sich mit dem Präsidentenwechsel in den USA immerhin geändert, schon sind Gespräche mit dem Iran angekündigt. Dem Iran kommt eine wichtige Stellung zu, nicht nur als poten-

tieller Lieferant, sondern auch wegen der ungeklärten Statusfrage des Kaspischen Meeres. Schließlich müsste turkmenisches Gas durch das kaspische Meer transportiert werden, um die Nabucco-Pipeline zu füllen. Ein Transport als komprimiertes Erdgas oder gar Flüssiggas ist ökonomisch unrentabel. Eine transkaspische Pipeline aber unterläge dem Hoheitsanspruch auch der anderen Anrainerstaaten. Damit sind der Probleme aber noch nicht genug.

Ein weiteres Problem stellen die Transitfragen dar. Bis die Pipeline am österreichischen »Gas-Hub« Baumgarten ankommt, verläuft sie durch vier Länder. Alle beteiligten Länder möchten neben ihrer Rolle als Transitland auch Gas aus der Pipeline beziehen. Vor allem aber möchte die Türkei ihr Land zum Gasumschlagplatz werden und eine Verteilerstation einrichten. Die Europäer sind dagegen. Die Türkei hat nach dem Gasstreit bereits gedroht, das Projekt mit den eigenen EU-Beitrittsverhandlungen zu koppeln. Ärger scheint also weiter vorprogrammiert. Man ist in Budapest mit der Realisierung einen kleinen Schritt weitergekommen, aber etliche Fragen harren noch der Lösung.

Über die Autorin

Dr. Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globale Fragen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Analyse

Korruption in Russland aus der Sicht der Unternehmen

Von Andrei Yakovlev, Moskau

Der russische Präsident Dmitrij Medwedew nennt Armut und Korruption die zwei wichtigsten Probleme Russlands. Medwedew betont, dass Korruption in vielen Fällen zur Lähmung des Staatsdienstes führt und es auf diese Bedrohung nur eine systematische Antwort geben kann. Zurzeit wird durch die russische Regierung auf Anweisung Medwedews ein Konzept von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung ausgearbeitet.

Aktuelle Studien zur Lage der russischen Unternehmen zeigen, dass die Situation bezüglich Korruption viel komplexer ist, als dies in der öffentlichen Debatte deutlich wird. 2007 führte die Moskauer Higher School of Economics zusammen mit Professor Timothy Frey von der amerikanischen Columbia University eine Umfrage unter 500 russischen Unternehmen durch. Im Vergleich zu der Vorgänger-Umfrage, die nach dem selben Muster im Jahre 2000 stattgefunden hatte, hat sich das Ausmaß der Korruption in absoluten Zahlen erhöht.

Gleichzeitig ist jedoch zu beachten, dass Korruption von der russischen Industrie im Vergleich zu den anderen Problemen, mit denen die Unternehmen in Russland zu kämpfen haben, als ein Faktor von kleinerer Bedeutung gesehen wird. Im Jahr 2000 stand die Korruption an der sieben Stelle unter den zehn wichtigsten Problemen der Unternehmen, die ihre Entwicklung behindern. Im Jahr 2007 landet Korruption auf dem neunten Platz unter den dreizehn wichtigsten Problemen. Bei den Dienstleistungsunternehmen steht die Korruption sowohl 2000 als auch 2007 an der fünften Stelle.

Dabei sind von Korruption in der Industrie eher kleine Unternehmen (bis 200 Angestellte) betroffen. Das selbe gilt für den Dienstleistungsbereich (Unternehmen bis 50 bzw. bis 150 Angestellte). Für die entsprechenden Dienstleistungsunternehmen steht die Korruption als Problem an der 3. bis 4. Stelle.

Vergleichbare Daten finden sich in einem analytischen Bericht des Economist Intelligence Unit (EIU). Die EIU-Analysen stellen anhand der regelmäßigen Kontakte zu großen und mittleren internationalen Investoren fest, dass sich die Korruption in den russischen Regionen »lenken« lässt. Für die erfolgreiche Durchführung eines Investitionsprojektes in Russland ist regelmäßige Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden sehr wichtig. Der EIU berichtet so von einem Projekt, dass ohne Schmiergelder eingeleitet und sogar durch Steuervergünstigungen unterstützt wurde. Jedoch war die Grundlage derartigen Erfol-

ges eine Monate im Voraus durchgeführte regelmäßige Zusammenarbeit mit den örtlichen Beamten, die durch die Unternehmensvertreter von den Vorteilen des Projektes für die Region überzeugt wurden. Der EIU bringt auch einige andere Beispiele, wo bei der Durchführung des Projektes vor allem die mangelhafte Kompetenz der Beamten bei der Zuteilung der Grundstücke und Probleme beim Anschluss der auf der grünen Wiese errichteten Unternehmen an die Infrastruktur als größte Hindernisse genannt wurden.

Die oben genannten Schlussfolgerungen entsprechen im Wesentlichen den Ergebnissen anderer Studien zum Einfluss von Korruption auf Wirtschaftsunternehmen. Es zeigt sich in den Studien auch eine erhebliche Steigerung der Qualität des Managements im Privatsektor innerhalb des letzten Jahrzehnts. Leider betrifft dies nicht die Staatsverwaltung und die lokalen Behörden. Der Unterschied zwischen Privatwirtschaft und Staatsdienst bezüglich Qualifikationsniveau und Kompetenz wird zu einem zentralen Problem für die Entwicklung der russischen Wirtschaft.

Ist Russland im Stande das Problem zu lösen? In der letzten Zeit strebt Russland den Weg des Staatskapitalismus an, ähnlich wie Südkorea und einige weitere Länder Südasiens in den 1960er bis 1980er Jahren. Folgt Russland diesem Weg, wird hier, genau wie in China, Kasachstan oder Aserbaidshan, Korruption ein typisches Problem sein, das mit der hohen Aktivität des Staates in der Wirtschaft verbunden ist.

Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Modell des Staatskapitalismus eigene Entwicklungsimpulse zur Effektivitätssteigerung bringt. Anfang der 1990er Jahre haben die Professoren der Kalifornischen Universität Berkeley Yingui Qian und Gerard Roland eine Reihe interessanter Modelle ausgearbeitet, die den wirtschaftlichen Erfolg Chinas erklären sollen. In diesen Modellen wurde unter anderem gezeigt, dass in einer Transformationswirtschaft unter strikten Budgetbeschränkungen die Regionen untereinander um die Allokation von Ressourcen zu konkurrieren beginnen. Diese Konkurrenz führt zur Steigerung

der Qualität der Staatsverwaltung. Die letzten empirischen Untersuchungen zeigten, dass in den 1980er und 1990er Jahren vor allem die Beamten befördert worden sind, die ihre Regionen mit wirtschaftlichem Erfolg verwaltet haben.

In Kasachstan, das ebenfalls wie Russland oft als Beispiel des »Klankapitalismus« genannt wird, wurden bereits 1990 Programme zur Qualifikationssteigerung der Staatsangestellten aufgenommen (unter anderem Ausbildung in den besten westlichen Universitäten und Businesschulen). Heutzutage findet man in jedem kasachischen Ministerium und jeder Behörde mindestens einen stellvertretenden Minister mit MBA oder PhD, was sich wiederum positiv auf die Qualität der Staatsverwaltung auswirkt.

In Russland finden diese Prozesse auch statt, aber vor allem auf der regionalen und lokalen Ebene, und

dann vor allem dort wo neue junge regionale Führungskräfte in der Regel mit Erfahrung in der Wirtschaft die Position des Gouverneurs übernommen haben. Auf der nationalen Ebene wird hingegen meiner Meinung nach durch die Fixierung auf den Kampf gegen die Korruption die geringe Kompetenz der Staatsbediensteten und die geringe Effizienz der Staatsverwaltung als ein vielleicht sogar noch größeres Problem in den Hintergrund gedrängt. Deshalb müssen leider derzeit die Investoren dieses Problem lösen. Sie verlieren viel Zeit mit Aufklärungsarbeit bei staatlichen Behörden und mit der Begleitung der regulären staatlichen Kontrollen ihrer Projekte, um diese vor den Risiken einer inkompetenten Einmischung des Staates zu schützen.

Übersetzung: Lina Pleines

Über den Autor:

Dr. Andrei Yakovlev ist Prorektor der Higher School of Economics, Moskau und leitet dort das Institut für Unternehmens- und Marktanalysen.

Analyse

Russische Staatskonzerne: Moderne Wachstumsförderung oder überholte Industriepolitik?

Von Andrei Yakovlev, Moskau

Im Juli 2008 schuf der russische Präsident Dmitrij Medwedew per Erlass den Staatskonzern zur Unterstützung von Entwicklung, Produktion und Export von Hochtechnologieprodukten »Rosstechnologii«. An diesen Staatskonzern wurden 180 Föderale Staatliche Unternehmen (FGUP), die in Aktiengesellschaften umgewandelt werden sollen, sowie die staatlichen Anteile an 246 weiteren Unternehmen übergeben. Ca. 80 % dieser Unternehmen gehören zur Rüstungsindustrie. Hinzu kommen große Maschinenbauer und Dienstleistungsunternehmen wie z.B. die führenden russischen Automobilproduzenten AvtoVAZ und KAMAZ und die zweitgrößte Fluggesellschaft »Air Union«. Gleichzeitig berichten die Medien über Expansionspläne des Staatskonzerns »Rosstechnologii« in die Metallindustrie und andere Branchen. Nach Schätzungen von Experten sollte der Jahresumsatz der Unternehmen des Staatskonzerns »Rosstechnologii« 2008–2009 ca. 15–17 Mrd. Dollar betragen, wobei zu berücksichtigen ist, dass noch nicht alle Aktiva bereits an den Staats-

konzern übergeben wurden. Die neuen Staatskonzerne, von denen Rosstechnologii nur ein prominentes Beispiel ist, sind also von erheblicher Bedeutung für die russische Wirtschaft.

Um ihre Rolle zu verstehen, sollte zuerst ihr rechtlicher Status betrachtet werden. Der Staatskonzern ist eine besondere juristische Form einer nicht-kommerziellen Organisation, die durch die Russische Föderation auf der Grundlage der Eigentumsübergabe gegründet wird, um soziale, verwaltende und andere Funktionen von gesellschaftlicher Bedeutung wahrzunehmen. Jeder Staatskonzern wird aufgrund eines eigenen Gesetzes gegründet, das seinen Tätigkeitszweck bestimmt. Der Staatskonzern unterliegt nicht dem Haushaltsgesetz und dem Insolvenzgesetz. Das Recht Vorstand und Aufsichtsrat der Staatskonzerne zu ernennen, hat nur der russische Präsident oder Ministerpräsident.

Ursprünglich wurde diese Organisationsform von der Agentur für die Restrukturierung der Kreditorganisationen (ARKO) geschaffen, die gegründet wor-

den war, um die Folgen der Finanzkrise von 1998 zu bewältigen. Nachdem ARKO seine Aufgabe erfüllt hatte, wurde es 2003 in eine Agentur für Versicherungseinlagen umgewandelt. Die Notwendigkeit der Gründung von Staatskonzernen wurde dann 2006/07 damit begründet, dass die bereits existierenden staatlichen Institutionen die Entwicklung der Infrastruktur und Förderung von Innovationen nicht gewährleisten können und die russischen Unternehmen nicht bereit sind, in solche Projekte zu investieren.

Die Gründung von Staatskonzernen, Investitionsfonds und besonderen Wirtschaftszonen war eine Folge der aktiven Industriepolitik, die 2004 mit dem Wechsel von der Regierung Kasjanow zur Regierung Fradkow begann. Insbesondere die Staatskonzerne sind bis heute Gegenstand von Diskussionen unter Experten und in der Regierung. Die Medien berichteten, dass die Entscheidung bezüglich des Staatskonzerns »Rosstechnologii« scharfe Kritik seitens des Wirtschaftsministeriums und Finanzministeriums hervorgerufen habe.

Warum sind die Industriekonzerne so umstritten? Zu den wichtigsten Nachteilen der Industriekonzerne zählen Experte vor allem ihre Intransparenz und die fehlende Rechenschaftspflicht bezüglich des Umgangs mit staatlichen Aktiva und umfangreichen Finanzmitteln. Dies kann zur ihrer ineffizienten Verwendung und zu Unterschlagungen führen. In diesem Zusammenhang vergleicht die Zeitschrift »Expert« die Staatskonzerne mit den industriellen Konglomeraten (»Tscheboli«), die einst den wirtschaftlichen Aufschwung in Südkorea gefördert haben und während der Krise 1997 fast pleite waren.

Die Staatskonzerne werden viele Aufgaben staatlicher Behörden übernehmen. In manchen Fällen funktionieren sie als ein Verwaltungssystem parallel zur Regierung. Der bekannte russische Analyst Jakov Pappe nennt Staatskonzerne »wirtschaftliche Opritschnina« (in Anlehnung an die von Iwan dem Schrecklichen unmittelbar unter seine Verwaltung gestellten Landesteile). In diesem Sinne sind die Staatskonzerne Ausdruck des fehlenden Vertrauens der Staatsführung in die existierende Staatsverwaltung.

Zu den weiteren Kritikpunkten am Konzept der Staatskonzerne gehören Vorwürfe einer heimlichen Pri-

vatisierung (wenn das Eigentum der Staatskonzerne ohne Abführung des Kaufpreises an den Staatshaushalt verkauft werden darf), und der Behinderung der Entwicklung von Privatunternehmen (etwa durch den Kauf attraktiver Privatunternehmen oder die Abwerbung qualifizierter Mitarbeiter).

Die meisten Staatskonzerne existieren noch nicht lange genug, um die tatsächlichen Ergebnisse ihrer Tätigkeit beurteilen zu können. Wir können aber als Beispiel die Tätigkeit des Vorgängers des Staatskonzerns »Rosstechnologii«, die FGUP »Rosoboronexport« anschauen. Zu den Erfolgen des Konzerns zählt ein bemerkenswerter Anstieg der Rüstungsexporte von 3 Mrd. US-Dollar auf 5,5 Mrd. US-Dollar von 2001 bis 2004 und sowie die Organisation des Restrukturierungsprozesses bei AvtoVAZ.

Außerdem sollte berücksichtigt werden, dass es auch einige Beispiele von sehr erfolgreichen Staatskonzernen gibt. Zu diesen gehört die Holdinggesellschaft TEMASEK in Singapur. Eine detaillierte Studie der Professoren Ang und Ding zeigt, dass die zu TEMASEK gehörenden Unternehmen effektiver arbeiten als vergleichbare Privatunternehmen in Singapur. Ein anderes Beispiel ist Chile, wo 1980 eine ganze Reihe von innovativen staatlichen Entwicklungsinstitutionen, unter anderem der »Fond Chile« und der Staatskonzern »CORFO«, gegründet worden waren. Chilenische Wirtschaftsexperten sind der Meinung, dass Chile dank dieser staatlichen Wirtschaftsorganisationen ein hohes Wirtschaftswachstum und eine deutliche Reduzierung der Abhängigkeit von Rohstoffexporten erreichen konnte.

Werden russische Staatskonzerne genau so erfolgreich sein? Das muss die Zeit zeigen. Momentan gibt der Wechsel erfolgreicher Manager aus der Privatwirtschaft in die Leitung von Staatskonzernen ein positives Signal für letztere. So ist z.B. Leonid Melamed zum Staatskonzern »Rosnanotech«, Sergej Kirienko zum Staatskonzern »Rosatom« und Sergej Wasiljew in die VEB gewechselt. Nach der Erfahrung aus anderen Ländern kann die Reputation solcher Manager die mit Intransparenz verbundenen Risiken ausgleichen.

Übersetzung: Lina Pleines

Über den Autor:

Dr. Andrei Yakovlev ist Prorektor der Higher School of Economics, Moskau und leitet dort das Institut für Unternehmens- und Marktanalysen.

Analyse

Die russischen Gewerkschaften: soziales Engagement ist zu wenig

Von Evgeny Frank, Samara / Bremen

Zusammenfassung

Die Gewerkschaften der Sowjetunion waren große bürokratische Apparate, die eng mit der Partei und der Betriebsleitung zusammenarbeiteten. Ihre Aufgaben betrafen in erster Linie die sozialen Belange der Arbeitnehmer und die Produktionsorganisation. Seit dem Systemwechsel haben diese Organisationen in vielerlei Hinsicht schwer an ihrem sowjetischen Erbe zu tragen, und so wendet sich heute nur ein geringer Prozentsatz der Arbeitnehmer bei Verletzungen des Arbeitsrechts an die Gewerkschaft. Als Gegenentwurf zu den sowjetisch geprägten Gewerkschaften sind in den 1990er Jahren neue Vereinigungen entstanden, die sich aktiv am Kampf für die Rechte der Beschäftigten beteiligen und einige Erfolge verzeichnen können. Diese Gewerkschaften werden in Russland gebraucht, nicht zuletzt weil sie das Wirtschaftswachstum stimulieren und eine besondere soziokulturelle Rolle in der Gesellschaft spielen. Trotz aller Schwierigkeiten werden sich diese Gewerkschaften weiter entwickeln.

Einleitung

Mitglied einer Gewerkschaft zu sein war bis vor Kurzem in Russland etwas ganz Alltägliches und wurde von niemandem weiter beachtet. Vor 20 Jahren hörte man auf die Frage »Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft?« stets die gleiche Antwort: »Ja, was denn sonst«. Nun hat sich die Situation verändert: Nicht alle Menschen sind heute Gewerkschaftsmitglieder, die Organisationen selbst haben sich verändert und sind nicht mehr überall vertreten.

»Bier gibt es nur für Gewerkschaftsmitglieder«¹

Die Geschichte der russischen Gewerkschaften ist ein deutliches Beispiel dafür, wie wenig von einer im Grunde guten Idee übrig bleiben kann. Die Gewerkschaften begannen sich in Russland während der Revolution von 1905–1907 als Institution herauszubilden. Mit der Entstehung des sowjetischen Staates schwenkten die Gewerkschaften auf die Ideologie der Kommunistischen Partei ein und bis Ende der 1980er Jahre gehörten sie im Prinzip zur staatlichen Verwaltung. Das berühmte »Dreieck« aus Partkom (Parteikomitee), Profkom (Gewerkschaftskomitee) und Betriebsleitung war ein unverwechselbares Kennzeichen der administrativen Struktur sowjetischer Unternehmen.

In der Realität war der Einfluss dieser drei Akteure nicht einheitlich. So wurden die Gewerkschaften eindeutig von der Kommunistischen Partei »geführt« und erfüllten deren Forderungen. Die wichtigsten gewerkschaftlichen Aktivitäten betrafen im Grunde soziale Fragen sowie die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen und die Produktionsorganisation in den Unternehmen.

Die Organisation des sozialistischen Wettbewerbs, die Leitung der gewerkschaftlichen Ausbildung, die Führung gesellschaftlicher Organisationen (z. B. der Gesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren), die Vorbereitung von Demonstrationen und Subbotniks (unbezahlten Arbeitseinsätzen am Wochenende) – dies waren die tagtäglichen Aufgaben der sowjetischen Gewerkschaftskomitees. Die Gewerkschaften hatten schon damals die Möglichkeit, eine Schutzfunktion auszuüben, denn ohne die Zustimmung des Gewerkschaftskomitees konnte niemand entlassen werden, konnten Arbeitsbedingungen nicht verändert werden und auch die Verteilung von Wohnraum war von der Gewerkschaft abhängig. Im realen Leben jedoch wurden die Schutzmaßnahmen zumeist hintangestellt – den ersten Platz nahmen stets Demonstrationen, Subotniks, Jubiläen u. a. m. ein. Seit den Jahren 1970er Jahren überzog in der Wahrnehmung der Beschäftigten die Verteilungsfunktion bezüglich sozialer Maßnahmen gegenüber allen anderen Aufgaben der Gewerkschaften.

Die Entwicklung der sowjetischen Gewerkschaften: zögerliche Fortschritte

Mit dem Ende der Planwirtschaft begann ein starker Wandel der Gewerkschaftsbewegung. Die Zahl der Gewerkschaften ist gestiegen; neben die alten Gewerkschaften sind neue getreten. Unter »alten« Gewerkschaften werden die Nachfolgeorganisationen der ehemals »staatlichen« Gewerkschaften verstanden, die früher zum Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion gehörten, der heute unter dem Namen Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR) arbeitet.

»Neu« oder auch »alternativ« werden dagegen Gewerkschaften genannt, die in Opposition zu sowjetischen Gewerkschaften entstanden. Zentrales Beispiel

¹ Das berühmte Zitat von Ostap Bender macht deutlich, dass in sowjetischer Zeit Gewerkschaftsmitglieder bei der Warenverteilung bevorzugt behandelt wurden.

für die neuen Gewerkschaften wurde die im Oktober 1990 gegründete Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter, die durch die Organisation einer Streikwelle im sibirischen Kohlerevier Kusbass bekannt wurde. Die alternativen Gewerkschaften vereinen selten das gesamte Personal eines Unternehmens, sie haben relativ wenige Mitglieder und sind eher homogen in ihrer Zusammensetzung (Führungspersonal wird nicht aufgenommen, Spezialisten treten oft nicht bei).

Derzeit ist die Gewerkschaftsbewegung in Russland hauptsächlich in vier großen Verbänden organisiert: in der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR), der Vereinigung der Gewerkschaften Russlands (SOZPROF), der Konföderation der Arbeit in Russland (KTR) und der All-Russischen Konföderation der Arbeit (WKT). Die Gesamtzahl der Mitglieder dieser Verbände beträgt etwa 34 Mio. Die meisten Mitglieder hat die FNPR (28 Mio.), die anderen haben je 1,5 bis 2 Mio. Mitglieder.

Des Weiteren ist die bürokratische Vertikale der Gewerkschaften ins Wanken geraten. Die klare hierarchische Struktur – vom Zentralkomitee der Gewerkschaften hinunter zu den Profkoms – löste sich auf und zentrale Aufgabe der aus Sowjetzeiten übernommenen Gewerkschaften war es nun, in den Betrieben gegen die neue Konkurrenz und auch gegen zunehmendes Desinteresse dominant zu bleiben und weiterhin den Löwenanteil der Beiträge zu kassieren. Als Reaktion auf die neue Situation bemühten sich die Gewerkschaftsfunktionäre also, die alten Strukturen aufrecht zu erhalten und den hohen Bürokratisierungsgrad der gewerkschaftlichen Basisorganisationen beizubehalten. Im Zuge dieser Entwicklungen gerieten die Arbeitnehmerinteressen oft in den Hintergrund und die innergewerkschaftlichen Aktivitäten standen nun im Wettbewerb mit Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage des Personals im Betrieb.

Der ideologische Wandel hat das Verhältnis der Gewerkschaften zum Arbeitgeber jedoch nicht verändert. Da die Kommunistische Partei als zentrales Leitorgan nicht mehr existierte, konnte nun nur noch die Gewerkschaft der Unternehmensleitung dabei helfen (oder sie daran hindern) Einfluss auf die Beschäftigten auszuüben. Die Unternehmensleitung, die daran interessiert war, mit den Gewerkschaftsführern konfliktlose Beziehungen zu führen, versuchte »geeignete« Kandidaten bei den Gewerkschaftswahlen zu fördern.

Die Gewerkschaftsführer wurden von der Betriebsleitung einerseits als Instanz betrachtet, die Kontakt mit den Beschäftigten aufnehmen und eine gemeinsame Sprache mit ihnen finden konnte. Andererseits

erwartete man von den Gewerkschaftsführern Loyalität und das Bestreben, alle Arbeitsstreitigkeiten friedlich zu lösen. In vielen Unternehmen fand de facto eine Zusammenlegung von Verwaltung und Gewerkschaftsführung statt.

Werden Gewerkschaften gebraucht?

Unter den gegebenen Umständen ist es sehr sinnvoll nach dem Nutzen solcher Gewerkschaften zu fragen. Nach einer Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts WCIOM vom September 2008 wenden sich nur 4 % der Befragten bei Verletzung der Arbeitsrechte direkt an die Gewerkschaften (siehe Grafik 1 auf S. 24).

Trotz allem werden solche Institutionen wie die Gewerkschaften in Russland benötigt. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

Zunächst wäre die soziokulturelle Rolle der Gewerkschaften in der modernen russischen Gesellschaft zu nennen. Die Gewerkschaften sind die einzige Massenorganisation, die aus früheren Zeiten erhalten geblieben ist. Viele Arbeitnehmer können ihr Bedürfnis nach Gemeinschaft und Unterstützung durch eine Gruppe nur über diese Institution stillen. Gleichzeitig können viele Regeln und Normen im Arbeitsleben allein mithilfe der Gewerkschaft durchgesetzt werden.

In dieser Hinsicht spielen die Gewerkschaften in den Hochschulen eine besonders große Rolle – sie übernehmen hier die Funktion des niedergegangenen Komсомол, der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei, und sind somit im Prinzip auch die einzige Massenorganisation für Studierende.

Eine weitere wichtige Funktion der Gewerkschaften ist die Stimulierung des Wirtschaftswachstums. Indem die Gewerkschaften die Einhaltung der Arbeitsgesetze in den Bereichen Arbeits- und Urlaubsregelung erwirken, zwingen sie die Arbeitgeber dazu, ihre Gewinne nicht auf Kosten der Arbeitnehmer zu steigern, sondern durch die Verbesserung der Arbeitsproduktivität, also durch die Einführung neuer Technologien und durch die Verbesserung der Betriebsorganisation. Dies führt, auch wenn es von den Gewerkschaften natürlich nicht intendiert ist, auch zu Rationalisierungsmaßnahmen und damit zu Entlassungen.

Indem die Arbeiter also für Realloohnerhöhungen kämpfen, sichern sie angemessene Arbeitsbedingungen, geben Impulse für die Verbesserung der Arbeitsproduktivität und erhöhen die zahlungsfähige Nachfrage nach einheimischen Waren. Letztlich wird umgekehrt auch das russische Wirtschaftswachstum die Entwicklung der Arbeitnehmerbewegung stimulieren. Aller-

dings können die bestehenden bürokratischen Gewerkschaftsstrukturen hier wohl kaum die Führung übernehmen.

Nach Meinung von Jewgeni Jasin, dem wissenschaftlichen Leiter der Moskauer Higher School of Economics und ehemaligen russischen Wirtschaftsminister, sammelt die Arbeiterbewegung derzeit ihre Kräfte und der Konflikt zwischen den Unternehmen und ihren Mitarbeitern wird sich in Zukunft weiter verschärfen. »Das ist nicht schlimm, sondern eher positiv – so sind die normalen Marktmechanismen«, sagte Jasin. »Nur auf diesem Weg kann eine innovative Wirtschaft aufgebaut werden.«

Letztendlich schafft die Finanzkrise ein neues Aktionsfeld für die Gewerkschaften. Im Vorfeld der Finanzkrise wurden Umfragen in der Bevölkerung Westeuropas durchgeführt, die zeigen, dass die meisten Menschen hier durchaus verstehen, dass eine Reduzierung der Mitarbeiter angesichts der Krise unvermeidbar ist. Ihre eigene finanzielle Lage sehen sie gelassen, da sie davon ausgehen, Abfindungen und Arbeitslosengeld zu erhalten. Die russischen Unternehmen kehren dagegen in typischer Manier zu Begriffen wie »unbezahlter Urlaub« und »Entlassung auf eigenen Wunsch« zurück. Hier gibt es offensichtlich ein Aktionsfeld für die Gewerkschaften – auch für die FNPR, falls sie sich immer noch als Organisation zur Verteidigung der Rechte der Beschäftigten verstehen sollte.

Gibt es eine Chance für die Gewerkschaften?

Um diese Frage zu beantworten, sollen zunächst einige in den nächsten Jahren zu erwartende Trends aufgezeigt werden. Die Popularität der Gewerkschaftsbewegung in Russland (vor allem der FNPR) wird weiter sinken. Man kann feststellen, dass das bestehende System der Gewerkschaften in Russland seit langem überholt ist und dringend modernisiert werden muss, darüber hinaus hält die Mehrheit der Russen die Arbeit der Gewerkschaften für wenig effektiv (siehe Grafik 2 auf S. 25).

Bemerkenswert ist ebenfalls, dass nach Angaben von Irina Kozina, die sich intensiv mit der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt hat, lediglich 3 % der 28 Mio. FNPR-Gewerkschaftsmitglieder bewusst in die Gewerkschaft eingetreten sind. Kozina schätzt, dass nur 30 % der Gewerkschafter als »reale« Mitglieder bezeichnet werden können, während es sich bei den übrigen um »Papierleichen« handelt. Die Aktivitäten der »offiziellen« Gewerkschaften (die also Mitglieder in der FNPR sind) sind darüber hinaus kaum sichtbar.

Viele dieser Gewerkschaften befinden sich in einem Zustand anhaltender Stagnation.

Die Probleme der Gewerkschaften haben strukturellen Charakter, wobei die sowjetische Vergangenheit das schwerste Erbe darstellt. Entscheidend ist hierbei die damalige Funktion der Gewerkschaften als Transmissionsriemen zwischen Staat und Beschäftigten und die weitgehende Reduzierung auf Aufgaben der sozialen Sicherung – die eigentlichen gewerkschaftlichen Aktivitäten (Schutz der Arbeitnehmer vor dem Arbeitgeber, der zu jener Zeit der Staat selbst war) wurden kaum wahrgenommen. Die Position eines Gewerkschaftsführers war eine Variante der Nomenklaturkarriere, wobei gleichzeitig die Partei- und Komsomolleiter erklommen werden konnte.

Auch der hohe Bürokratisierungsgrad der Gewerkschaften trägt strukturellen Charakter und ist letztendlich Folge einer Personalkrise. Denn die Position eines Gewerkschaftsführers ist unter Karriere-Gesichtspunkten kein aussichtsreicher Weg mehr für einen fähigen jungen Menschen. Es kostet große Mühen, sich tatsächlich aktiv in der Gewerkschaftsbewegung zu engagieren – der Gewinn jedoch ist zumeist fraglich. Die meisten aktiven Mitglieder in den Gewerkschaften der FNPR sind ältere Menschen, die schon seit langer Zeit in den gewerkschaftlichen Strukturen arbeiten. Sie können sich nicht mehr ändern oder ihre Arbeit an die neuen Bedingungen anpassen.

Die im bürokratischen Apparat Beschäftigten sehen die Gewerkschaft als »sicheren Hafen«, in dem sie eine Rente erhalten, ohne dafür besonders aktiv werden zu müssen, da die Kaderfluktuation sehr niedrig ist – das bedeutet gleichzeitig personelle Stagnation. Diese Einstellung der Beschäftigten ist durchaus verständlich, denn auch das Ziel der Gewerkschaftsfunktionäre ist ja die Verstetigung des Status quo und nicht die aktive Gewerkschaftsarbeit.

Die Streikbereitschaft der Beschäftigten wird jedoch in Zukunft zunehmen. Wenn es früher nur Proteste in Unternehmen mit Rückständen bei den Gehaltszahlungen gab, so finden Proteste und Streiks heute in Firmen statt, die durchaus Gehälter zahlen und diese auch schrittweise anheben. Dieser Trend zeigt deutlich die Veränderungen in der Arbeitnehmerbewegung.

Man kann davon ausgehen, dass das Wirtschaftswachstum und die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung die Entwicklung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsbewegung stimulieren werden. Dies wird in immer mehr Streiks zum Ausdruck kommen und, was noch wichtiger ist, in deren verändertem Charakter. Zweitens werden entsprechende Pro-

teste und Streiks eher unter Einbeziehung der neuen Gewerkschaften organisiert werden. Die aus der Sowjet-Ära übernommenen Strukturen der FNPR wird man wesentlich weniger nutzen. Als Beispiel kann die Streikbewegung im Unternehmen »Ford« (Leningrader Gebiet) 2007/2008 dienen. Hier hatte sich zwei Jahre zuvor eine Gewerkschaft gegründet, die sich umgehend von der FNPR distanzierte und den Kontakt zu anderen neuen Gewerkschaften suchte. Im November 2007 organisierte die Gewerkschaft eine Streikwelle, an der sich 70 % der Beschäftigten beteiligten. Nach anhaltenden Protesten konnten der Betriebsleitung Lohnerhöhungen zwischen 14 % und 20 % abgerungen werden. Hier waren also nicht Gehaltsrückstände Anlass des Streiks, sondern die Forderung nach zusätzlichen Leistungen des Unternehmens.

Auch eine Annäherung zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien scheint in Zukunft wieder möglich. Es ist nicht unbedingt negativ zu sehen, wenn z. B. der Deutsche Gewerkschaftsbund aktiv mit der SPD zusammenarbeitet und der »dbb Beamtenbund und Tarifunion« sowie der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands nah bei der CDU / CSU stehen. Auch amerikanischen Gewerkschaften arbeiten aktiv mit der Demokratischen Partei zusammen. In Russland bemühte sich lediglich die FNPR aktiv um eine Zusammenarbeit mit der Partei »Einiges Russland«. Die anderen Gewerkschaften versuchen sich von der Politik fernzuhalten. Insgesamt steigert die Kooperation mit Parteien den Einfluss und die Bedeutung der Gewerkschaften. Aus ideologischer Sicht gibt es offenbar die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der neuen rechten Partei »Gerechtes Russland«.

Möglich scheint auch die Änderung der Gesetze über die Gewerkschaften. Die geltende Gesetzgebung zu den Gewerkschaften erweist selbigen einen Bärendienst (vor allem der FNPR). Heute werden die gewerkschaftlichen Aktivitäten über ein relativ liberales Bundesgesetz, »Über die Gewerkschaften, ihre Rechte und Tätigkeitsgarantien«, geregelt. Nach diesem Gesetz sind die Gewerkschaften von einer Erfassung ihrer Mitglieder befreit. Das Gesetz befreit die Gewerkschaften ebenfalls von der Pflicht, ihr Eigentum zu deklarieren und für ihr Finanzgebaren Rechenschaft abzulegen.

Allerdings verfügen längst nicht alle Gewerkschaften über Eigentum. Das Vermögen der russischen Gewerkschaften wurde im Jahr 1992 zum Eigentum der FNPR erklärt – dabei handelte es sich um insgesamt

2582 Objekte, darunter 678 Sanatorien, 131 Hotels, 568 Stadien und Sportplätze sowie 500 Pionierlager, das Haus der Gewerkschaften in Moskau, zahlreiche Fuhrparks und Geschäfte. Der Wert all dieser Objekte betrug nach Schätzungen unabhängiger Experten etwa 7 Mrd. US-Dollar.

Dementsprechend hat sich seither die Mehrzahl der alten Gewerkschaften auf der regionalen Ebene, deren Leitung über das Vermögen verfügt, faktisch schon längst in Grundstückserschließungsunternehmen verwandelt, die die Besitztümer entweder verkaufen (oft werden Stadien und ehemalige Pionierlager an kommerzielle Unternehmen verkauft, die diese dann in Einkaufszentren verwandeln) oder Pachtgeld erhalten. So ist die FNPR nach Meinung von Experten auch heute noch ein wichtiger Eigentümer, der aber zumeist ineffizient wirtschaftet.

Änderungen an den aktuellen Gesetzen zu den Gewerkschaften würden diese transparenter machen und sie gleichzeitig von den ineffizient arbeitenden Gewerkschaftsfunktionären befreien. Die gesetzgeberische Initiative muss jedoch vom Staat ausgehen, da sich der Patient Gewerkschaftsführung kaum selbst operieren wird.

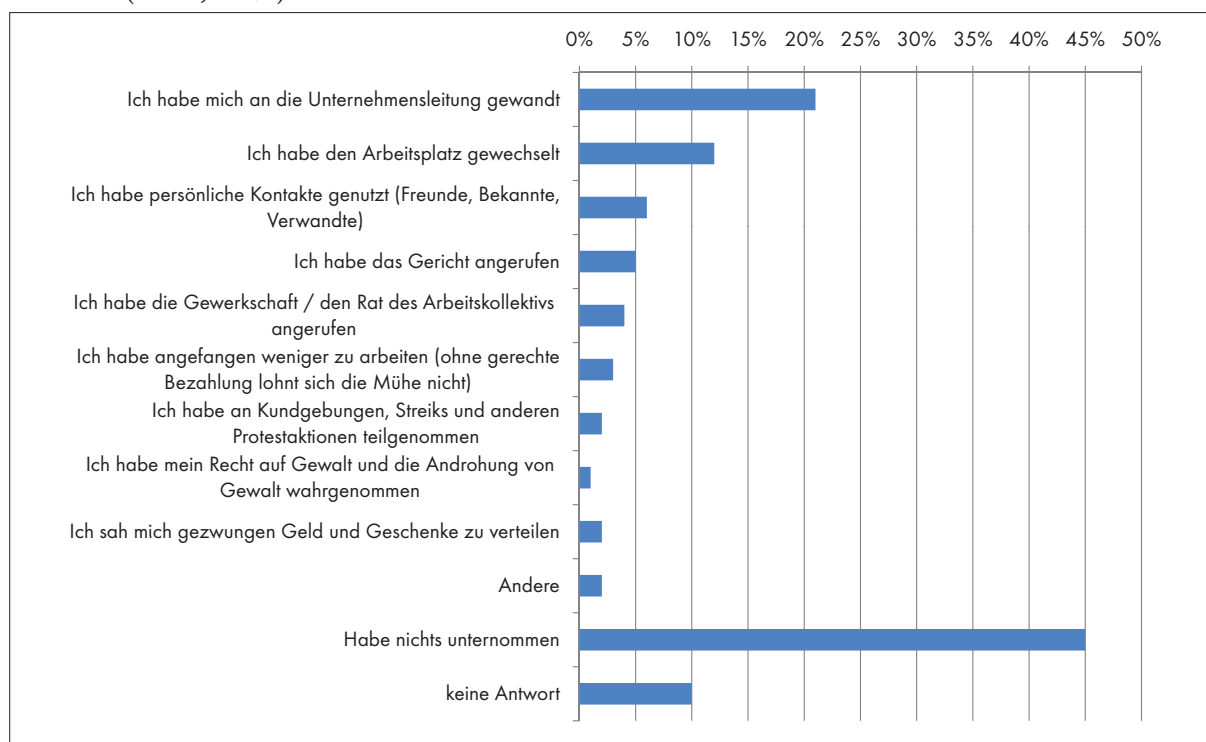
Zu erwarten ist des Weiteren die Entwicklung der innerbetrieblichen Demokratie. Die fortschreitende Entwicklung der wirtschaftlichen Institutionen und das Wirtschaftswachstum werden zu wachsender Betriebsdemokratie führen, insbesondere in großen Unternehmen. Sie wird aber keine reine Nachahmung der deutschen Variante sein, im Sinne der Vertretung der Arbeitnehmer in Vorstand oder Aufsichtsrat. Zunächst sollte es um die Etablierung einer Institution gehen, ähnlich den »Produktionskomitees«, die in Sowjetzeiten die Unternehmensleitung berieten.

Resümee

Somit liegt der Schluss nahe, dass sich die Gewerkschaftsbewegung in Russland wohl trotz aller Hindernisse entwickeln wird. Allerdings werden die wichtigsten Instrumente der Arbeitnehmer eher die neuen und alternativen Gewerkschaften sein. Die FNPR mit ihrem durch und durch bürokratischen Apparat mag noch einige Zeit weiterexistieren; nach und nach wird sie an Stärke, Einfluss und Ressourcen verlieren und dann lediglich die Funktion einer Abteilung für soziale Angelegenheiten des Unternehmens ausüben.

Über den Autor

Evgeny Frank ist Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Samara und war von September bis Dezember 2008 Gastwissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Tabellen und Grafiken zum Text
Einfluss der Gewerkschaften...
... in Umfragen des WZIOM
Grafik 1: Welche Möglichkeiten zum Schutz ihrer Rechte haben Sie genutzt, wenn diese verletzt wurden? (2008, in %)

Tabelle 1: Welche Möglichkeiten zum Schutz ihrer Rechte haben Sie genutzt, wenn diese verletzt wurden? (in %)

	2004	2005	2007	2008
Ich habe mich an die Unternehmensleitung gewandt	21	16	17	21
Ich habe den Arbeitsplatz gewechselt	7	2	7	12
Ich habe persönliche Kontakte genutzt (Freunde, Bekannte, Verwandte)	5	4	5	6
Ich habe das Gericht angerufen	5	1	4	5
Ich habe die Gewerkschaft / den Rat des Arbeitskollektivs angerufen	4	2	3	4
Ich habe angefangen weniger zu arbeiten (ohne gerechte Bezahlung lohnt sich die Mühe nicht)	5	4	2	3
Ich habe an Kundgebungen, Streiks und anderen Protestaktionen teilgenommen	2	3	1	2
Ich habe mein Recht auf Gewalt und die Androhung von Gewalt wahrgenommen	1	1	1	1
Ich sah mich gezwungen Geld und Geschenke zu verteilen	1	1	1	2
Andere	3	3	2	2
Habe nichts unternommen	53	67	60	45
keine Antwort	5	7	7	10

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 20. – 21. September 2008;

http://wciom.ru/arkhiv/tematicheskii-arkhiv/item/single/10827.html?no_cache=1&cHash=f30c3b414f

Grafik 2: Gibt es in Ihrem Unternehmen (Organisation, Dienststelle) eine Gewerkschaft, und wenn ja, welchen Einfluss hat sie auf die Stellung der Beschäftigten? (2008, in %)

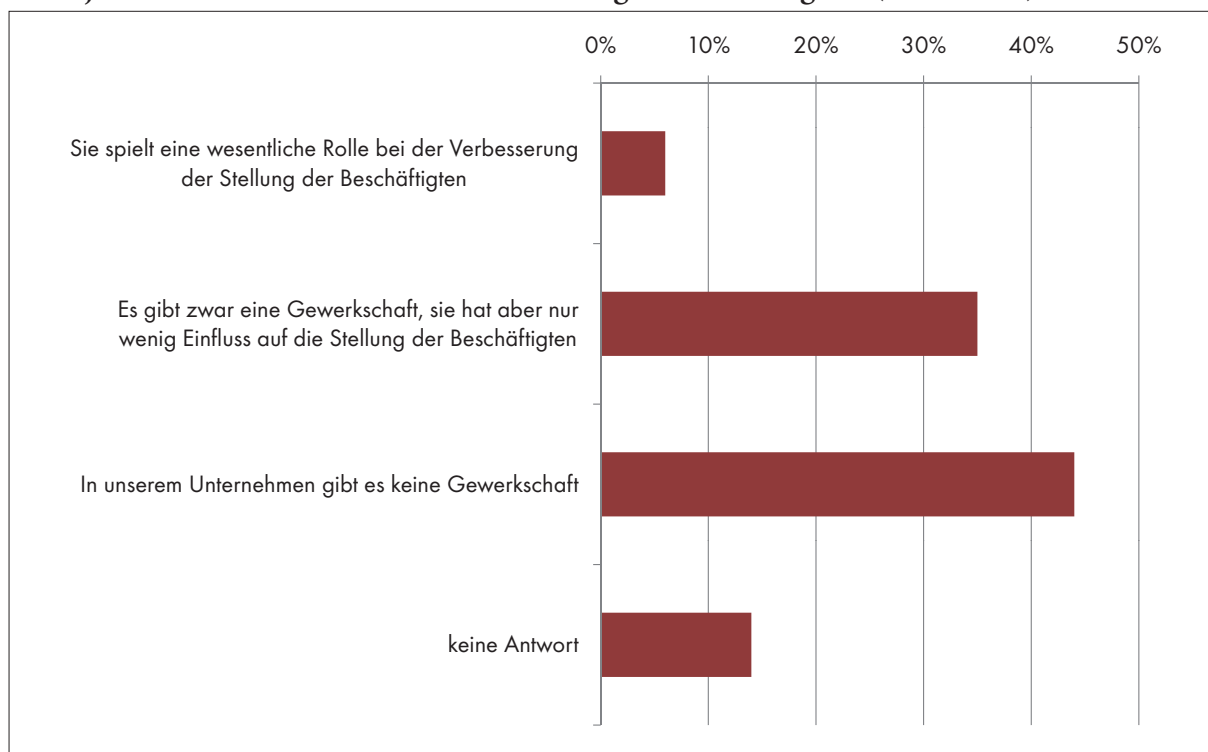
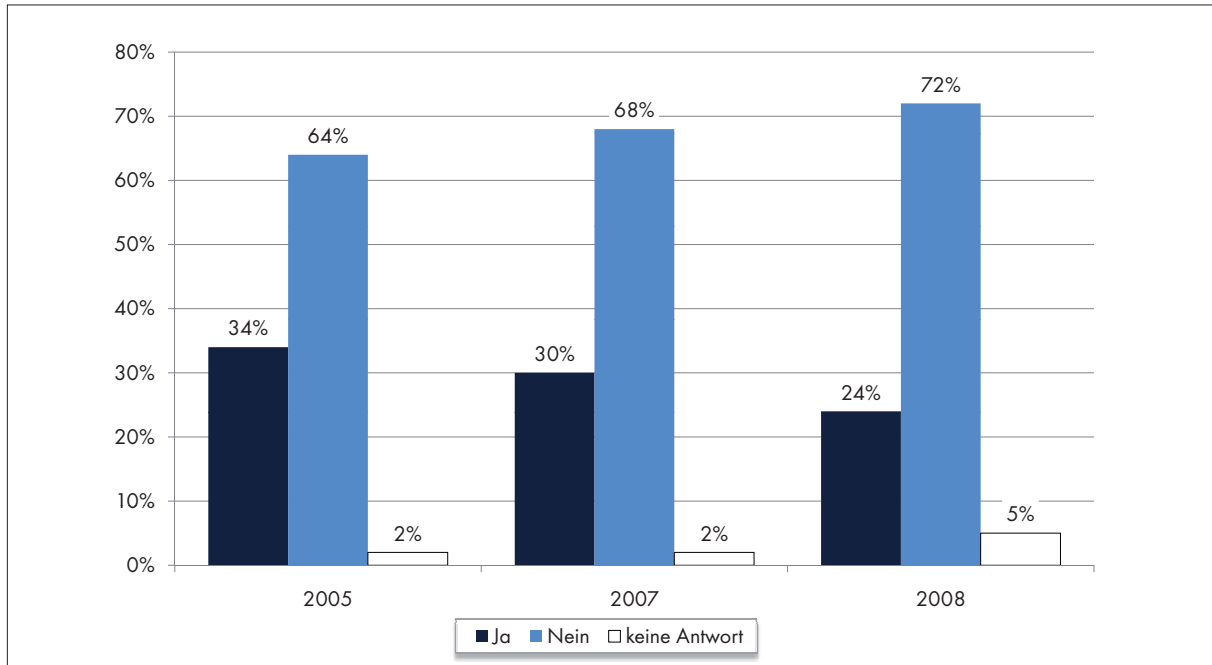
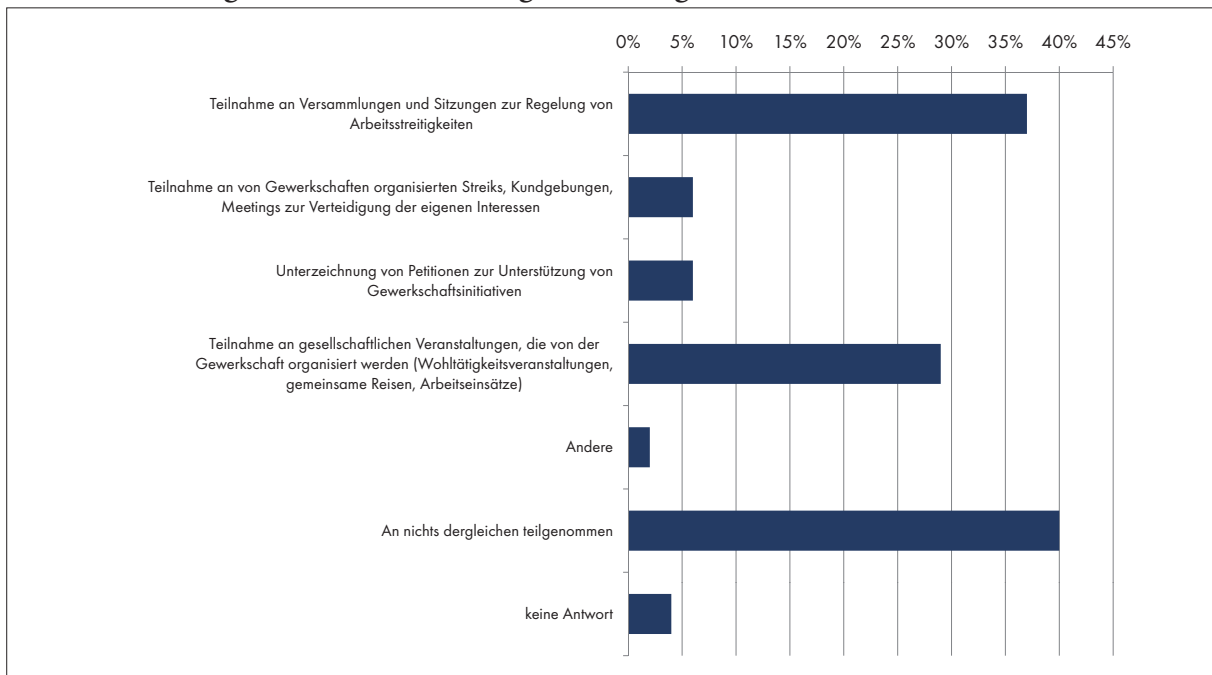


Tabelle 2: Gibt es in Ihrem Unternehmen (Organisation, Dienststelle) eine Gewerkschaft, und wenn ja, welchen Einfluss hat sie auf die Stellung der Beschäftigten? (in %)

	2005	2007	2008
Sie spielt eine wesentliche Rolle bei der Verbesserung der Stellung der Beschäftigten	9	8	6
Es gibt zwar eine Gewerkschaft, sie hat aber nur wenig Einfluss auf die Stellung der Beschäftigten	40	34	35
In unserem Unternehmen gibt es keine Gewerkschaft	42	50	44
keine Antwort	9	8	14

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 20. – 21. September;

http://wciom.ru/arkhiv/tematicheskii-arkhiv/item/single/10827.html?no_cache=1&cHash=f30c3b414f

Grafik 3: Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft?

Grafik 4: Wenn Sie Mitglied der Gewerkschaft ihres Unternehmens sind, geben Sie bitte an, an welchen Formen gewerkschaftlicher Tätigkeit Sie teilgenommen haben? (2008, in %)


Quelle: Umfragen des WZIAM vom 20. – 21. September 2008;
http://wciom.ru/arkhiv/tematicheskii-arkhiv/item/single/10827.html?no_cache=1&cHash=f30c3b414f

Tabelle 4: Wenn Sie Mitglied der Gewerkschaft ihres Unternehmens sind, geben Sie bitte an, an welchen Formen der gewerkschaftlichen Tätigkeit Sie teilgenommen haben? (2008, in %)

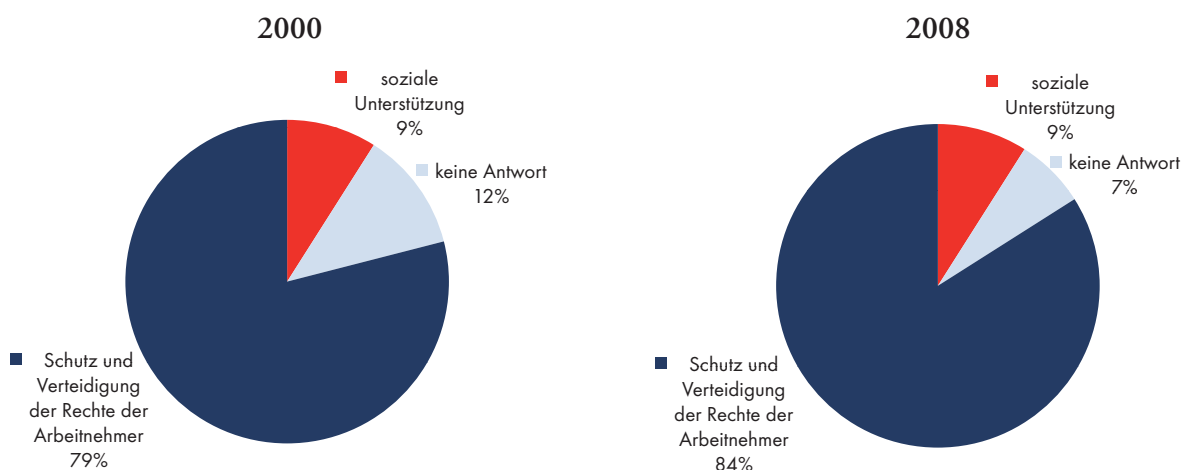
	Insgesamt	Moskau und St. Petersburg	Siedlungstyp			
			Mehr als 500 000 Einwoh- ner	Zwischen 100 000 und 500 000 Einwoh- ner	Weniger als 100 000 Einwoh- ner	Dorf
Teilnahme an Versammlungen und Sitzungen zur Regelung von Arbeitsstreitigkeiten	37	29	21	39	50	35
Teilnahme an von Gewerkschaften organisierten Streiks, Kundgebungen, Meetings zur Verteidigung der eigenen Interessen	6	0	4	6	14	4
Unterzeichnung von Petitionen zur Unterstützung von Gewerkschaftsinitiativen	6	0	4	4	9	8
Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen, die von der Gewerkschaft organisiert werden (Wohltätigkeitsveranstaltungen, gemeinsame Reisen, Arbeitseinsätze)	29	35	25	26	18	36
Andere	2	6	4	0	2	3
An nichts dergleichen teilgenommen	40	47	36	43	36	42
keine Antwort	4	0	14	2	0	6

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 20. – 21. September 2008;

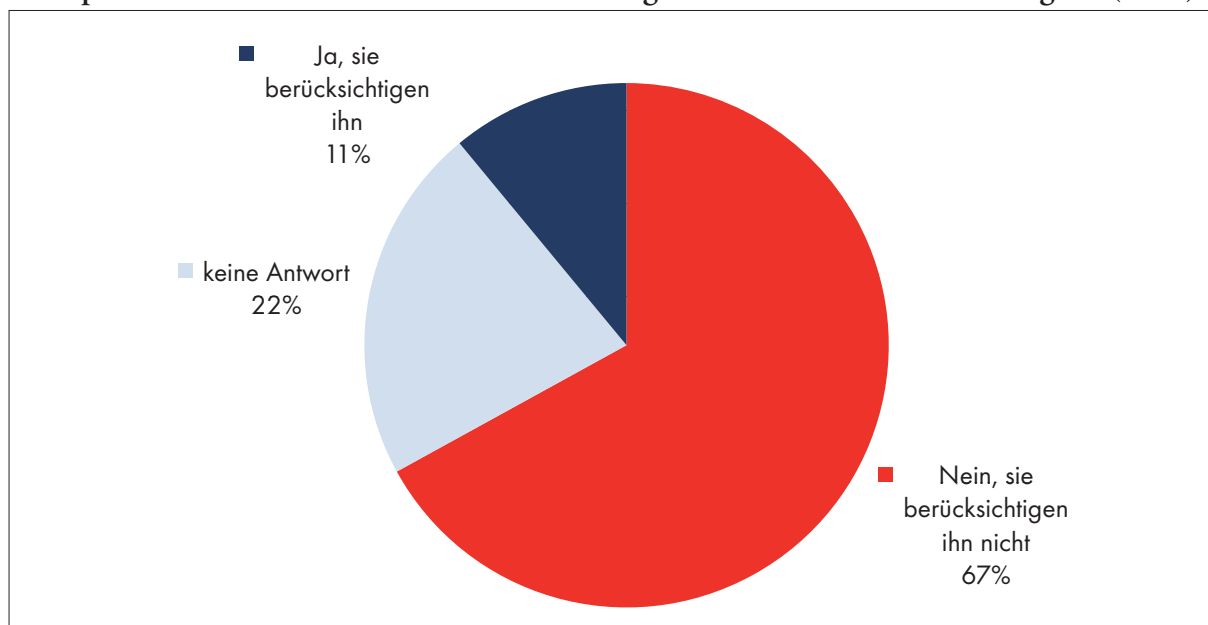
http://wciom.ru/arkhiv/tematicheskii-arkhiv/item/single/10827.html?no_cache=1&cHash=f30c3b414f

... in Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung«

Grafik 5: Mit welchen Aufgaben sollten sich die Gewerkschaften in erster Linie befassen: mit der sozialen Unterstützung der Arbeitnehmer oder mit dem Schutz und der Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer?

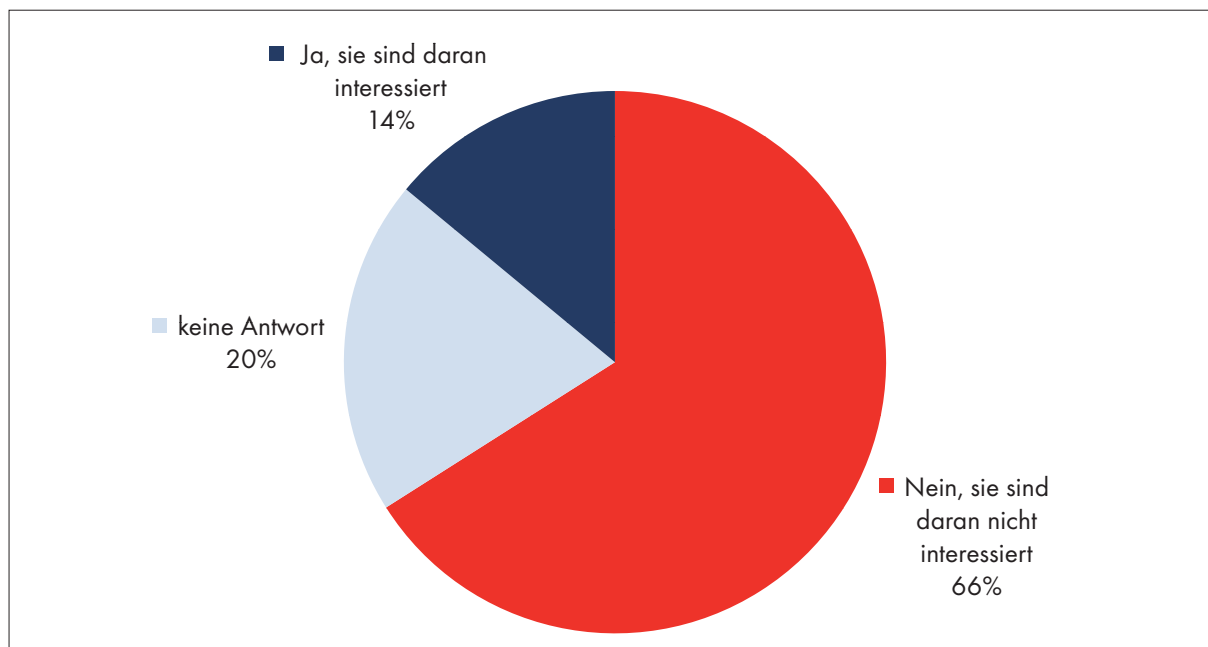


Grafik 6: Glauben Sie, dass die Organisations- und Unternehmensleitungen heutzutage den Standpunkt der Gewerkschaften in ihrer Beziehung zu den Arbeitern berücksichtigen? (2008)

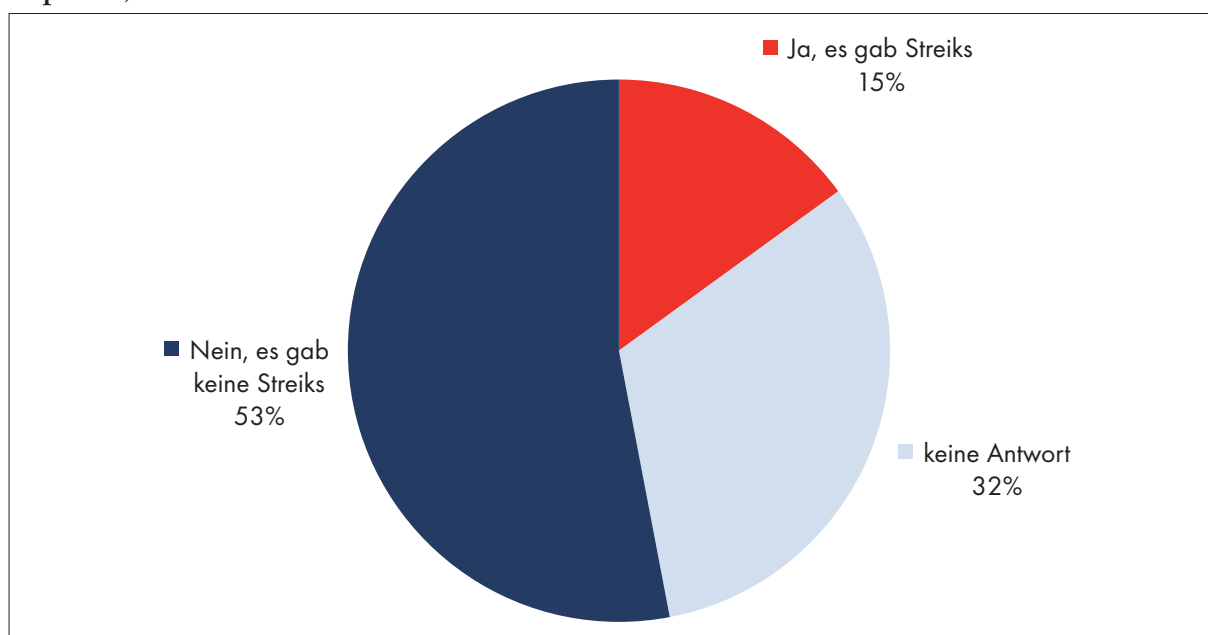


Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 9. – 10. 2008,
<http://bd.fom.ru/report/map/d080722>

Grafik 7: Glauben Sie, dass die Organisations- und Unternehmensleitungen an der Existenz von Gewerkschaften interessiert sind?



Grafik 8: Fanden im letzten Jahr in Unternehmen oder Organisationen Ihrer Region (Gebiet, Republik) Streiks statt?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 9. – 10. Februar 2008,
<http://bd.fom.ru/report/map/d080722>

Chronik

Vom 15. bis zum 29. Januar 2009

15.1.2009	Jurij Budanow, ein früherer Oberst, der im Juni 2003 wegen Vergewaltigung und Ermordung einer 18jährigen Tschetschenin zu 10 Jahren Haft verurteilt worden war, wird auf Bewährung entlassen. Russische Menschenrechtler und die tschetschenische Führung kritisieren die Entscheidung heftig.
15.1.2009	Auf dem Flughafen in Machatschkala (Dagestan) kollidieren zwei Transportflugzeuge Il-76. Vier Besatzungsmitglieder werden getötet, vier weitere verletzt.
16.–17.1.2009	Ministerpräsident Wladimir Putin besucht den Semperopernball in Dresden. Am Vormittag erörtert er in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel den Gaskonflikt.
16.1.2007	In Stockholm beantragen Vertreter von Gazprom ein Verfahren vor dem internationalen Schiedsgerichtshof gegen Naftohaz Ukrainy.
16.1.2007	Die Chefredakteurin des Magazins »Nowoe wremja«, Irena Lesnewskaja, tritt zurück. Nachfolgerin wird ihre Stellvertreterin Jewgenija Albaz.
17.1.2009	In Moskau findet ein »Gasgipfel« statt, an dem u. a. der armenische Präsident, die Ministerpräsidenten von Kasachstan, Belarus und Serbien sowie der EU-Energiekommissar Andris Piebalgs teilnehmen. In gesonderten Gesprächen erreichen Ministerpräsident Putin und Julia Timoschenko, die später auch an dem Gipfeltreffen teilnehmen, eine Einigung. Danach soll die Ukraine ab 2010 den üblichen Marktpreis bezahlen, im Gegenzug zahlt Russland künftig auch den marktüblichen Preis für den Transit des Gases.
19.1.2009	Oleh Dubyna, der Vorstandsvorsitzende von Naftohaz Ukrainy, und Aleksej Miller, der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, unterzeichnen in Gegenwart der Ministerpräsidenten Wladimir Putin und Julia Timoschenko, den Vertrag über Lieferung und Transit von Erdgas im Jahre 2009. Damit ist die Lieferunterbrechung beendet.
19.1.2009	Präsident Dmitrij Medwedew verabschiedet sich in einem Telefongespräch mit dem scheidenden US-Präsidenten George W. Bush und dankt ihm für die Zusammenarbeit.
19.1.2009	Der Rechtsanwalt Stanislaw Markelow, der u. a. die Familie der von Jurij Budanow ermordeten jungen Frau und den Journalisten Beketow vertritt, wird in der Nähe der U-Bahnstation Kropotkinskaja ermordet. Seine Begleiterin, Anastasija Baburowa, eine freie Journalistin der Zeitung »Nowaja gaset« ^a , die versucht, den Täter zu stellen, wird von diesem ebenfalls in den Kopf geschossen und stirbt später im Krankenhaus.
20.1.2009	In Nasran (Inguschetien) beschließen Unbekannte den Wagen des Bezirksleiters der Kriminalpolizei. Bei dem Anschlag wird dieser verletzt, seine Begleiterin getötet. In Malgobek (Inguschetien) beschließen Unbekannte ein Zivilfahrzeug. Der 27-jährige Insasse wird getötet.
20.1.2009	In der Nähe von Chasawjurt (Dagestan) wird der Guerillaführer Umalat Magomedov bei einem Zusammenstoß mit Sicherheitskräften getötet.
21.1.2009	Eine nicht angemeldeten Demonstration der antifaschistischen Jugend, die an den ermordeten Rechtsanwalt Markelow erinnert und an der ca. 250 Personen teilnehmen, wird von der Polizei aufgelöst. 30–50 Personen werden festgenommen.
21.1.2009	Der Finanzmagnat Alexander Lebedew, ein ehemaliger KGB-Angehöriger, erwirbt 75 % der Anteile der britischen Zeitung »Evening Standard«.
23.1.2009	Die Duma verabschiedet in dritter und letzter Lesung die Novellierung des Wahlgesetzes. Danach können neue Parteien und Kandidaten die zur Registrierung notwendigen Wählerunterschriften nicht mehr durch Erlegung einer Geldsumme ersetzen. Ferner wird bestimmt, dass die Regionen nur noch Personen in den Föderationsrat entsenden können, die einen Abgeordnetensitz im Regionalparlament haben.
23.1.2009	Human Rights Watch veröffentlicht einen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen während des Südossetienkonflikts im August 2008 http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/georgia0109webwcover.pdf
24.1.2009	In Nasran (Inguschetien) werden zwei Personen, Murat und Rustam Ushakow, bei einer Sonderoperation der Sicherheitskräfte getötet. Die beiden wurden wegen Waffenschmuggel und Angriffs auf Polizisten gesucht.
24.1.2009	Der russische und der finnische Innenminister vereinbaren bei der Bekämpfung von Drogen-, Wirtschafts- und Internetkriminalität sowie illegaler Migration zusammenzuarbeiten.

25.1.2009	Die Bischofsversammlung der Russisch-Orthodoxen Kirche tritt in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale zusammen und benennt drei Kandidaten für die Wahl des Patriarchen: Kirill, Metropolit von Smolensk und Kaliningrad, langjähriger Leiter des Außenamtes der Kirche, der seit dem Tod des letzten Patriarchen Alexij II dessen Amt kommissarisch ausübt, Metropolit Kliment von Kaluga und Borowsk und Metropolit Filaret von Minsk und Slutsk.
26.1.2009	Finanzminister Aleksej Kudrin veröffentlicht einen Artikel in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschrift »Woprosy ekonomiki«, in dem er die Finanzpolitik des Jahres 2007 mit den erhöhten Ausgaben für die Überhitzung der russischen Wirtschaft verantwortlich macht. Er plädiert für Inflationsbekämpfung und Budgetkontrolle.
26.1.2009	In Suchumi erschießen Unbekannte den Stellvertretenden Innenminister der international nicht anerkannten Republik Abchasien, Sakan Dshugelija.
26.1.2009	Ein Sprecher der Seekriegsflotte gibt bekannt, dass fünf russische Kriegsschiffe gemeinsam mit der indischen Marine eine Übung vor der Küste Indiens durchführen.
26.1.2009	In Brüssel findet ein informelles Treffen der 26 NATO-Botschafter und des NATO-Generalsekretärs mit dem russischen NATO-Botschafter Dmitrij Rogosin statt. Dabei geht es um die Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates. Die Ergebnisse der Diskussion werden vertraulich behandelt.
27.1.2009	Die Bischofsversammlung der Russisch-Orthodoxen Kirche wählt Kirill, den Metropolitan von Smolensk und Kaliningrad und langjährigen Leiter des Außenamtes der Kirche zum Patriarchen von Moskau und der ganzen Rus.
27.1.2009	Das Untersuchungskomitee der Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen Generalmajor Andrej Gluschtschenko, den Leiter des Moskauer Militärkommissariats (Wehrkreisersatzbehörde). Ihm wird Amtsmisbrauch, Urkundenfälschung und Unterschlagung vorgeworfen.
28.1.2009	Präsident Dmitrij Medwedew empfängt die Vorsitzenden der in der Duma vertretenen Parteien. Der Präsident erörtert mit ihnen die Änderungen des Wahlrechts für den Föderationsrat und die Probleme, die sich aus der Finanzkrise ergeben.
28.1.2009	Ein Vertreter des russischen Generalstabs teilt mit, dass die russische Seite die Vorbereitungen zur Stationierung von Iskander-Raketen in Kaliningrad eingestellt hat.
28.1.2009	Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin spricht bei der Eröffnung des Weltwirtschaftsforums in Davos. Putin warnt vor einer übersteigerten Rolle des Staates in der Wirtschaft, plädiert für Energiesicherheit und versichert, Russland sei offen für Investoren.
29.1.2009	Das Militärkollegium des Obersten Gerichts bestätigt die Entscheidung des Moskauer Bezirksgerichts vom 14.10.2008, das Verfahren wegen der Erschießung von 14.000 polnischen Offizieren bei Katyn einzustellen und begründet dies damit, dass die Verantwortlichen für das Verbrechen verstorben seien.

Die Chronik vom 1. Dezember 2008 bis zum 14. Januar 2009 wird in Kürze auf unserer Website www.laender-analysen.de/russland zur Verfügung stehen.

Die Russland-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

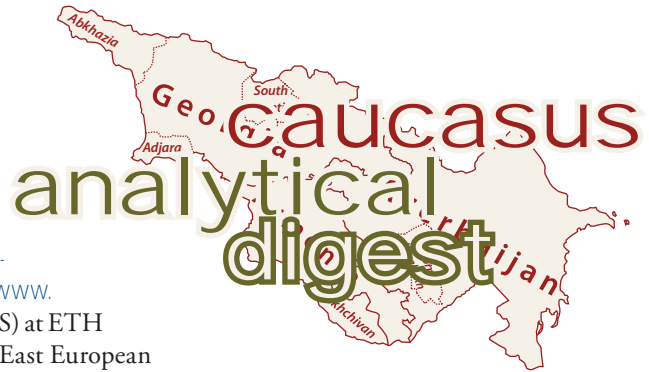
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Caucasus Analytical Digest

We are pleased to announce a new online publication: The Caucasus Analytical Digest (CAD). CAD is a monthly internet publication jointly produced by the Heinrich Böll Foundation in Tbilisi (www.boell.ge), the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de), the Jefferson Institute in Washington, DC (www.jeffersoninst.org) and the Center for Security Studies (CSS) at ETH Zurich with support from the German Association for East European Studies (DGO). The Caucasus Analytical Digest analyzes the political, economic, and social situation in the Southern Caucasus within the context of international and security dimensions. Subscription is for free.



You are welcome to subscribe to the CAD mailing list at www.res.ethz.ch/analysis/cad

Lesehinweis

Osteuropa 12/2008 ist erschienen. Das Heft hat 160 Seiten und kostet 10,00 Euro. Schwerpunkt des Bandes sind die Auswirkungen der Finanzkrise auf Ostmitteleuropa und Osteuropa. Das Heft enthält drei Beiträge über Russland und ist zu bestellen unter osteuropa@dgo-online.org.

Joachim O. Weidemann

Bärenjagd im Kreml

Finanzkrise in Russland

Der Rohstoffreichtum und die Devisenreserven haben Russland nicht vor der internationalen Finanzkrise geschützt. Die Devisenreserven sind abgeschmolzen, an den Börsen sind hohe Wertverluste zu verzeichnen. Gleichzeitig ist der Ölpreis dramatisch gesunken. Bevor die Wirtschaft modernisiert und diversifiziert werden konnte, rufen hoch verschuldete Banken und Unternehmen nach Staatshilfen. Der Kreml hat ein Antikrisenprogramm vorgelegt, stellt Liquidität zur Verfügung, plant Investitionen in die Infrastruktur und protektionistische Maßnahmen. Doch das Programm ist ambivalent. Der Staat steht am Rande des Möglichen.

Uwe Halbach

Rückblick auf den „Fünftage-Krieg“

Dimensionen und Implikationen der Georgienkrise

Die Wellen des Georgienkriegs vom Sommer 2008 sind verebbt. Doch die Region bleibt ein internationaler Krisenherd. Er beschäftigt die OSZE, EU und NATO. Die ausbleibende internationale Anerkennung Südossetiens und Abchasiens zeigt, dass es Russland an Verbündeten fehlt. Die EU hat eine unerwartet große Handlungsfähigkeit bewiesen. Doch die vom Westen bekräftigte territoriale Integrität Georgiens stößt sich hart an der Realität. Eine Wiedervereinigung der beiden Territorien mit Georgien ist unwahrscheinlich. Der künftige Status wird dem Modell Zypern ähneln. Die Georgienkrise hat Bewegung in den Berg-Karabach-Konflikt gebracht. Sie wird sich aber nur dann als positiv erweisen, wenn die externen Akteure bei der Konfliktmediation kooperieren und nicht konkurrieren.

Waltraud Bayer

Das diskursive Museum

Das Moskauer MoMA stellt die Weichen neu

Das Moskauer Museum für Moderne Kunst wird neuerdings allerorten gelobt. Seit dem Generationswechsel an der Spitze des Hauses richtet der junge Direktor Vasilij Cereteli das MMoMA gemeinsam mit führenden Kunstexperten konzeptuell und personell neu aus. Mit seinen ambitionierten Projekten und angesehenen Kooperationspartnern gilt das MMoMA nunmehr selbst vormaligen Kritikern als zentraler Kunststandort. Dies zeigt auch, dass die Bedeutung zeitgenössischer Kunst gewachsen ist.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de